



# Protokoll

der 49. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 24. Januar 2024, um 9:00 Uhr

- Vorsitz:** *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*
- Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
- Abwesende:** *Erich Bucher (FDP), Hanna Bay (SP), Lea Wirz (GAB), Johannes Sieber (GLP), Leonie Bolz (SP)*

## Verhandlungsgegenstände:

- 34. Motion 7 Nicole Kuster und Konsorten betreffend "Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz" und die Nähe zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und Kindergarten an der Münchensteinerstrasse 101 ..... 3
- 35. Motion 8 Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft ..... 9
- 36. Motion 9 Luca Urgese und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb zwischen kantonalen Unternehmen und Privaten stärken ..... 9
- 37. Motion 10 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Abbau von Hindernissen bei der Förderung von Photovoltaikinstallationen in den historischen Ortskernen von Basel, Riehen und Bettingen ..... 12
- 38. Anzug 1 Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Umsetzung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung während des Maturitätslehrgangs gemäss Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV) 12
- 39. Anzug 2 Eric Weber betreffend schöner Bahnhofs-Vorplatz Basel SBB ..... 15
- 40. Anzug 3 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Spenden statt Entsorgen, Pilotprojekt in Entsorgungsstellen ..... 16
- 41. Anzug 4 Anina Ineichen und Konsorten betreffend eine sichere Veloverbindung zwischen Rankhof und Wettsteinplatz ..... 16
- 42. Anzug 5 Anouk Feurer und Konsorten betreffend Antisemitismusprävention an allen Sekundarschulen .. 18
- 43. Anzug 6 Philip Karger und Konsorten betreffend Antisemitismusbekämpfung mittels Sichtbarkeit der Geschichte der Juden in Basel ..... 18
- 44. Anzug 7 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Drohnen statt Helikopter - für eine ökonomischere und ökologischere Kantonspolizei ..... 18
- 45. Anzug 8 Tobias Christ und Konsorten für eine verbesserte und sicherere Veloverbindung vom Neubad Richtung Innenstadt und Bahnhof SBB ..... 21
- 46. Anzug 9 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Korrektur von Marktverzerrungen für Solarmodul-Produzentinnen bei der Solaroffensive ..... 23
- 47. Anzug 10 Eric Weber betreffend Fahnen und Partei-Fahnen-Ständer sind nicht erlaubt im Wahlzentrum 25
- 48. Anzug 11 Eric Weber betreffend FC Basel Meister Tram bei der BVB ..... 26
- 49. Anzug 12 Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein Rathaus Hof mit Aufenthaltsqualität ..... 27
- 50. Anzug 13 Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wahlmaterial-Kakophonie ..... 27
- 51. Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder, Bericht des Ratsbüros ..... 28
- 52. Anzug Olivier Battaglia und Beat von Wartburg betreffend Digitalisierung der Bildungsvermittlung auf allen Stufen, Schreiben des RR ..... 34
- 53. Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend "EU-Filiale" der Universität Basel am «Oberrhein», Schreiben des RR ..... 34
- 54. Ausgabenbewilligung für die Gesamtanierung der Kunsteisbahn Margarethen, Zwischenbericht des RR ..... 34



55.	Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen einführen, Stellungnahme des RR.....	34
56.	Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Dreifachturnhalle und zusätzlicher Schulraum Campus Bäumlihof, Drei Linden und Hirzbrunnen, Stellungnahme des RR .....	37



## Beginn der 49. Sitzung

Mittwoch, 24. Januar 2024, 09:00 Uhr

### 34. Motion 7 Nicole Kuster und Konsorten betreffend "Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz" und die Nähe zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und Kindergarten an der Münchensteinerstrasse 101

[24.01.24 09:00:09, 23.5585.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

#### 2. Ratssekretärin

Sabine Canton ist heute krank, daher übernimmt heute Katrin Pavic, die Kommissionssekretärin der GPK, die Rolle der 2. Ratssekretärin.

Herzlich willkommen bei uns liebe Kathrin Pavic

#### Letzte Sitzung von David Wüest-Rudin

David Wüest-Rudin hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 2. Februar 2024 den Rücktritt erklärt und hat somit heute seine letzte Sitzung.

Er ist seit dem 1. Februar 2009 Mitglied des Grossen Rates. Er war in seiner ersten Legislatur Mitglied der GPK und GSK. In der zweiten Legislatur Mitglied der Regiokommission und von 2015-2017 deren Präsident. In der jetzigen Legislatur war er Mitglied der Finanzkommission, der Spezialkommission Klima sowie bis Sommer 2023 Fraktionspräsident der GLP.

Wir verlieren mit David Wüest-Rudin einen erfahrenen Politiker, der immer mit viel Freude und Engagement politisierte. Lieber David, wir danken Dir ganz herzlich für die dem Kanton geleisteten Dienste. [Applaus]

#### Kaffeespende heute Morgen

David Wüest-Rudin spendiert aufgrund seiner letzten Sitzung heute Morgen den Kaffee.

Vielen Dank für diese grosszügige Geste

[Applaus]

#### Abgabe von persönlichen Vorstössen

Damit die persönlichen Vorstösse im Februar-Geschäftsverzeichnis abgedruckt werden können, müssen diese bis **heute Mittag um 12.00 Uhr dem Ratssekretariat abgegeben** werden. Später abgegebene Vorstösse können nicht mehr berücksichtigt werden. Bitte senden Sie Ihre Vorstösse auch per Mail an [parlamentsdienst@bs.ch](mailto:parlamentsdienst@bs.ch). Vielen Dank!

#### Schlussabend

Heute findet der Schlussabend in der Safran Zunft statt.

Ich plane meine Schlussrede um 17:00 Uhr und würde um ca. 17:15 die Nachmittagssitzung beenden. Der Schlussabend beginnt dann um 18:15 Uhr.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Amina Trevisan.



*Amina Trevisan (SP):* Suchterkrankte sind mitten unter uns, sie sind Teil unserer sozialen Wirklichkeit. Sie leben mitten unter uns und doch führen sie ein Leben am Rande, am Rande der Gesellschaft. Sie sind drinnen und doch draussen. Und auch wenn die Kategorien Mitte und Rand nicht unproblematisch sind, weil sie soziale Positionen zementieren, verwende ich sie dennoch, um gesellschaftliche Machtverhältnisse zu verdeutlichen. Suchterkrankte sollen nun noch weiter nach aussen verdrängt werden aus dem Blick der Gesellschaft. Sucht bezeichnet die psychische und/oder körperliche Abhängigkeit von einer Substanz oder von einem Verhalten. Sucht ist keine Charakterschwäche, sondern gemäss der medizinischen Suchtdefinition eine Krankheit, die im Gehirn nachgewiesen werden kann.

Der Wendepunkt in der Drogenpolitik der 80er- und 90er-Jahren war die Abkehr von der Ansicht, Drogenkonsumierende in erster Linie als Kriminelle zu betrachten. Drogenabhängigkeit wurde klar als Krankheit anerkannt, für die entsprechende Hilfsstrukturen aufgebaut wurden. 1991 entstanden in Basel die ersten Gassenzimmer als ein Teil der Schadensminderung, heute sind die Kontakt- und Anlaufstellen, sogenannte K+A für die Suchterkrankten nicht mehr wegzudenken.

Obwohl Suchterkrankungen weit verbreitet sind, unterliegen sie nach wie vor einer ausgeprägten gesellschaftlichen Stigmatisierung. Es existieren zahlreiche Stereotypen und Vorurteile über suchterkrankte Menschen. Häufig gilt Sucht als selbstverschuldetes Übel und die betroffenen Menschen werden als gefährlich, unberechenbar, willensschwach und beim Konsum illegaler Substanzen zusätzlich als kriminell diskreditiert. Um genau dieses Stigma gegenüber Suchterkrankten geht es hier. Wenn in der vorliegenden Motion festgehalten wird, dass sich die Wege von Suchterkrankten und Kindern nicht kreuzen dürfen, wird suggeriert, dass Suchterkrankte eine Gefahr für Kinder seien. Sie werden als gefährliche Menschen stigmatisiert, die vermieden werden sollen, und nicht als Menschen mit einer Erkrankung gesehen.

Bleibt der Standort der K+A Dreispitz bestehen, das sowieso ein Provisorium war, hat dies eine wichtige Symbolik. Damit zeigt der Kanton Basel-Stadt, dass Suchterkrankte wertvoll und gleichwertige Mitglieder unserer Gesellschaft sind. In der Motion wird darauf verwiesen, dass gemäss einer nicht repräsentativen Befragung einzelne Suchterkrankte den Standort der K+A Dreispitz als zu zentral gelegen wahrnehmen. Dadurch fühlten sie sich nicht in ihrer Privatsphäre geschützt. Die Wünsche der Betroffenen gilt es ernst zu nehmen. Damit eine K+A von Suchterkrankten aufgesucht wird, müssen aber möglichst geringe Voraussetzungen für den Zugang beziehungsweise die Inanspruchnahme ihrer Dienstleistungen vorhanden sein. Zentral für eine K+A ist es daher, dass Niederschwelligkeit sowohl erfreulicher, zeitlicher als auch auf sozialer Ebene umgesetzt wird. Neben der Bedeutung der Öffnungszeiten sind gute öffentliche Verkehrsanbindungen und somit eine gute Lage der K+A eminent wichtig.

Wenn in der Motion die Rede davon ist, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Kinder und somit das Vertrauen in den selbstständig erlebten Schulweg geschmälert wird, handelt es sich eher um das subjektive Sicherheitsgefühl von Erziehungsberechtigten. Wie wir aus der Forschung wissen, können Ängste abgebaut werden, indem ein Austausch und eine Begegnung mit Suchterkrankten erfolgt. Eine Marginalisierung von Suchterkrankten tritt nicht zum Abbau von Vorurteilen und Ängsten bei. Und wenn auf die Mitarbeitenden einer privaten Bewachungsfirma am Eingang der K+A als Zeichen von Konflikten und Gefahr verwiesen wird, muss aber in erster Linie eigentlich gesehen werden, dass sie nur die Zugangskontrollen in den K+A durchführen.

Die SP-Fraktion nimmt die Sorgen von beunruhigten Menschen ernst und anerkennt das Bedürfnis, dass der Standort der K+A Dreispitz überprüft wird. Die SP-Fraktion erachtet eine Motion allerdings als das falsche Instrument, um eine Evaluation einzufordern. Zudem erachtet die SP-Fraktion die Forderung nach einem neuen K+A-Standort, bevor die Ergebnisse der Evaluation vorliegen oder das Geschäft in der Bau- und Raumplanungskommission beraten wurde, als ungeeignet. Die SP-Fraktion wird deshalb diese Motion nicht überweisen und ich bitte Sie, dasselbe zu tun.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Nicole Kuster. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Nicole Kuster-Simon (LDP):* Amina Trevisan, darf ich Sie an ihr Kommissionsgeheimnis erinnern? Die Informationen waren zwar nicht wahnsinnig brennend, aber Sie haben Informationen verwendet, die wir nur in der Kommission diskutiert haben.

*Amina Trevisan (SP):* Das will ich aber ganz vehement zurückweisen, muss ich an dieser Stelle sagen. Ich habe mich auf die Motion bezogen, die öffentlich einsehbar ist. Und wenn Sie an einer solchen Behauptung festhalten, dann bitte ich Sie mir zu sagen, wo ich einen Fehler gemacht habe.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Lukas Engelberger.



*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Die Kontakt- und Anlaufstellen K+A bestehen im Kanton Basel-Stadt seit Anfang der 1990er-Jahre. Ihr Angebot richtet sich an volljährige Menschen mit einer Suchtmittelabhängigkeit und ermöglicht diesen den Konsum von selbst mitgebrachten Substanzen unter Aufsicht und hygienischen Bedingungen. Die K+A sind damit ein wichtiger Teil der Versorgungsstruktur in der Schadensminderung im ambulanten Suchthilfebereich unseres Kantons. Seit 2013 werden die K+A an den zwei Standorten Münchensteinerstrasse 97, das ist eben die K+A Dreispitz, und Riehenring 200 betrieben. Der Regierungsrat bekennt sich auch in Zukunft zum Angebot in den Kontakt- und Anlaufstellen. Sie sind ein wichtiger Bestandteil unserer Suchtpolitik.

Das Gesundheitsdepartement wurde mit der Überprüfung des Konzepts der beiden baselstädtischen K+A und insbesondere des Standorts der K+A Dreispitz bereits beauftragt. Die Analysen der eingesetzten Arbeitsgruppe Konzept und der Arbeitsgruppe Standort ergaben, dass zum einen das Konzept der K+A insbesondere aufgrund veränderter Konsumformen angepasst werden muss, die Anzahl Konsumplätze für den inhalativen Konsum sind deutlich zu tief. Zum anderen zeigen die Entwicklungen der Areale Dreispitz Nord und Walkeweg aufgrund der zukünftigen räumlichen Nähe zu Kindergarten und Schulgebäuden sowie des Verbindungswegs zur Tramhaltestelle deutliche Herausforderungen im öffentlichen Raum auf.

Zu erwähnen ist, dass im Rahmen von Standortsuchen für eine neue K+A jeweils ein differenzierter Kriterienkatalog beigezogen wird. Eine genügende Distanz zu Schulen und kinderreichen Orten, gute Bedingungen für einen sicheren Zugang sowohl zu Schulen als auch zu den K+A sowie möglichst wenig Durchmischung von verschiedenen vulnerablen Anspruchsgruppen sind zentrale Kriterien. Gespräche mit Anliegenden und auch Mitarbeitenden der umliegenden Schulhäuser werden regelmässig und somit sowohl in der Planungsphase als auch bei bestehendem Betrieb geführt. Diese Aufgabe wird von den Mittlerinnen und Mittlern im öffentlichen Raum der Abteilung Sucht im Gesundheitsdepartement sowie durch das Community Policing wahrgenommen. Unser gemeinsames Bemühen gilt dem möglichst reibungslosen und störungsfreien Betrieb der K+A unter Berücksichtigung von Sicherheit und Ordnung.

Zusammengefasst kann man also sagen, dass die in der Motion geforderten Anliegen dem Regierungsrat natürlich bekannt sind und die Erarbeitung von Lösungen in diesem Sinne auch bereits in Auftrag gegeben wurde. In Arbeitsgruppen unter der Leitung des Gesundheitsdepartements werden sowohl die Standortsuche für die K+A Dreispitz wie auch begleitende Massnahmen bis zum Standortwechsel erarbeitet. Wir können Ihnen gerne dann, wenn Sie die Motion überweisen sollten, darüber auch ausführlicher berichten, Sie würden aber auch sonst über diese Entwicklungen selbstverständlich informiert bleiben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Die SVP-Fraktion stimmt der Überweisung der Motion an den Regierungsrat zu. Unseres Erachtens ist es enorm wichtig, dass bei einem neuen Schulstandort das Gesamtkonzept angeschaut und durchdacht wird. Jede eventuellen Konfliktpunkte oder Schwachstellen sollen und müssen erkannt und überdacht und analysiert werden. Die Motion greift hier die Konfliktmöglichkeit zwischen dem neuen Standort des Kindergartens an der Münchensteinerstrasse 110, der Primarschule Walkeweg und der Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz auf. Wir können uns fragen, ob hier die Regierung dieser Konfliktmöglichkeit genug Beachtung geschenkt hat. Zwar wird in einem Zeitungsartikel erwähnt, dass dieser Punkt evaluiert wird und die Ergebnisse im Sommer 2023 präsentiert werden, aber wie wir hier wissen, lag nichts vor und gerade deshalb ist auch diese Motion wichtig, da diese mit Resultate Erkenntnisse und Schlussfolgerungen einfordert.

Nicole Kuster stellt nicht die Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz in Frage. Sie stellt auch nicht den Kindergarten in Frage oder das neue Schulhaus Walkeweg. Sie stellt sich aber die berechtigte Frage, wie Schülerinnen und Schüler, wie Kindergärtner und Kindergärtnerinnen und deren Erziehungsberechtigten und wie die Besucher der Kontakt- und Anlaufstelle konfliktfrei, stressfrei, angstfrei und zum Teil auch erkenntnisfrei an ihren Zielort kommen und nebeneinander ein Wohlbefinden für alle entstehen kann.

Es ist nicht so, dass einer Personengruppe den Vorzug gegeben werden muss, wie das Amina Trevisan tut. Denn Ihnen, Amina Trevisan, Ihnen ist ausschliesslich die Benutzergruppe der Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz wichtig. Sie stellen sie über die Gruppe Schülerinnen und Schüler. Sie machen sich Sorgen, dass die Suchterkrankten an den Rand gedrängt werden, dass sie sich aus der Gesellschaft bei einem neuen Standort ausgeschlossen fühlen. Das kann alleine gesehen legitim sein, aber nicht wenn auch noch eine zweite vulnerable Personengruppe zur Diskussion steht, die es im gleichen Ausmass zu beachten gilt.

Und in diesem speziellen Geschäft, in dieser Motion geht es genau um zwei vulnerable Personengruppen und für die eine setzen Sie sich in solch hohem Masse ein, dass Sie die Zitierungen von Experten im Zeitungsartikel in Frage stellen, sich sogar weigern, den Zeitungsartikel überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Dabei sollten Sie sich, wie ich mir, ebenso grosse Sorgen machen, wie es auch den Schülerinnen und Schülern ergeht, so wie es eben die Motion fordert, dass nämlich bei diesem Projekt allen Bedürfnissen aller betroffenen Gruppen gerecht werden muss. Und da Sie sich nur Sorgen um eine betroffene Gruppe machen, stellen Sie eine Gruppe höher als die andere.



Und was mir doch sehr Sorge bereitet, ist, dass die SP und das GAB nicht einmal bereit sind für eine Erstüberweisung. Sie bängen so um die Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz, dass Sie nicht einmal eine Stellungnahme der Regierung wünschen und das notabene einstimmig. Sie haben nicht einmal Stimmfreigabe. Also allen SP- und GAB-Mitgliedern der BKK ist es völlig egal, wie dann zum Beispiel ein Schulweg für Schulkinder aussehen wird oder die Benützung der öffentlichen Schulanlage organisiert ist. Also geschätzte BKK-Mitglieder der SP und des GAB, wenn Sie sich so um die Schüler foutieren und sich, das darf ich sicherlich sagen, lieber in BKK-Sitzungen Gedanken über Farben in Klassenzimmern machen, als hier eine Erstüberweisung dieser wichtigen Motion für eine allgemeine Analyse zu wünschen, die auch den Schülerinnen und Schüler gerecht wird, dann ist mein Glaube an Sie echt erschüttert.

Wenn nicht jetzt, wann dann wollen Sie die Analyse vornehmen? Wenn der Bau fertig ist? Die Schüler in den neuen Schulräumen eingezogen sind? Angenommen es kommt dann zu Konflikten, was machen Sie dann? Erhöhen Sie die Zäune der Besucher der Anlaufstelle, was ja sicherlich an Menschenverachtung kaum zu überbieten ist oder stellen Sie wie beim Wolfgottesacker am Eingang neben der Kontaktstelle auch bei den Schulen Sicherheitspersonal auf? Das ist dann pädagogisch für Sie wertvoll? Nein, die SVP-Fraktion möchte solchen Szenarien nicht begegnen wollen und überweist diese Motion an die Regierung, um das bestmögliche für alle zu planen und zu realisieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegen drei Zwischenfragen vor von Oliver Thommen, Melanie Nussbaumer und Salome Bessenich. Nehmen Sie alle drei an? Sie werden angenommen. Zuerst Oliver Thommen bitte.

*Oliver Thommen (GAB):* Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Sie kennen sich ja offensichtlich im Gundeli sehr gut aus. Ist Ihnen bewusst, dass die Menschen und die Personengruppe der Kinder schon heute mit den Personen der Anlaufstelle in Kontakt kommen, nämlich im Gundeli auf dem Hochstrasse-Spielplatz bei der Liesbergermatte und das alles schon heute angeschaut werden muss?

*Jenny Schweizer (SVP):* Das ist mir in diesem Fall nicht so konkret bewusst, aber wenn ich sehe, dass eine Schule so nahe an eine Kontaktanlaufstelle gebaut wird, dann kann man sich wirklich fragen, ob dies nicht auch analysiert und argumentiert werden kann.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Melanie Nussbaumer bitte.

*Melanie Nussbaumer (SP):* Ich kann Ihnen versichern, mir liegt auch der Schulweg der Kinder am Herzen, aber was ich wirklich nicht verstehe, ist, wieso haben Sie diese Anliegen oder diese Kritik, diese Fragestellung nicht im Rahmen der Kommissionsarbeit eingebracht? Wieso müssen Sie jetzt mitten drin in der Berichterstattung zum Schulhaus Walkeweg noch diese Motion einbringen?

*Jenny Schweizer (SVP):* Ich kann Ihnen jetzt nicht gross über die BKK-Diskussionen berichten, aber es war natürlich immer im Hinterkopf und der Ratschlag für den Kindergarten, der kommt ja separat und dann ist schon einmal Vorsicht geboten, wenn schon einmal eine Motion eingereicht wird.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Salome Bessenich bitte.

*Salome Bessenich (SP):* Ich kann direkt an meine Vorrednerin anschliessen. Sie reden jetzt immer von der BKK, aber ist Ihnen bewusst, dass dieses Geschäft noch mitten in der Beratung ist in der hauptberichtenden Kommission, der BRK?

*Jenny Schweizer (SVP):* In der BRK ist es, das stimmt, aber schlussendlich hat es auch einen pädagogischen Sinn, das Ganze noch näher anzuschauen und wenn in einem Zeitungsartikel eine Analyse versprochen wird für 2023 im Sommer und von der nichts zu sehen ist, dann ist es das gute Recht, dies einzufordern, um zu schauen, ob hier wirklich der Finger auf den wunden Punkt gelegt wird.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Oliver Bolliger bitte.



*Oliver Bolliger (GAB):* Zuallererst ist es mir wichtig zu betonen, dass wir das Anliegen der Motion von Kollegin Nicole Kuster und den mitunterzeichnenden Grossräten und Grossrätinnen sehr wohl anerkennen und auch nachvollziehen können. Aber ich würde schon empfehlen, dem Grossen Rat hier den Ball ein wenig flacher zu halten. Nun fragen Sie sich vielleicht, weshalb wir dann die Motion nicht unterstützen. Weil wir davon überzeugt sind, wie Regierungsrat Lukas Engelberger bereits ausgeführt hat, dass das zuständige Departement und die involvierte Abteilung Sucht bereits heute sich intensiv mit den drei gestellten Anliegen in der Motion auseinandersetzen und mit allen involvierten Stellen und Behörden, und das sind ja nicht wenige, andere alternative Standorte am Prüfen sind. Dies konnten wir an einer Begehung in der Kontakt- und Anlaufstelle im Dreispitz erfahren, wo wir die verschiedenen Herausforderungen in der niederschweligen Drogenarbeit erläutert bekommen haben.

Es ist ja offensichtlich. Mit der Entstehung eines neuen Quartiers und dem Bau von vielen Wohnungen und einem Schulhaus sowie ein Kindergarten in der Nähe stellt sich zwangsweise die Frage, ob das aktuelle K+A Dreispitz auch für die Zukunft an einem geeigneten Ort ist. Diese Fragen müssen und werden bereits abgeklärt und ich gehe davon aus, dass falls sich ein besserer Standort in Grossbasel abzeichnet, dies dann auch irgendwann konkretisiert wird. Aber Sie können sich sicher vorstellen, dass das Finden eines solchen Standortes sehr herausfordernd ist. Es gehört sicher zu den schwierigsten Unterfangen, in einer Stadt einen Standort für einen K+A zu finden, welcher mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erschlossen ist und dies ist von grosser Relevanz, wie die Schliessung der K+A im Stadtzentrum in Zürich eindrücklich gezeigt hat. Nach dem Fiasko wurde diese auf dem zentralen Kasernenareal wieder eröffnet.

Ein gut erreichbarer und zentraler Standort ist wichtig und dass dies machbar ist, zeigen schon allein die früheren Standorte der K+A. Diese waren immer sehr zentral in der Stadt. Zum Beispiel ganz zu Beginn des Angebots in Kleinbasel am Lindenberg und auch auf Grossbasler Seite zum Beispiel phasenweise neben dem Kunstmuseum und über Jahre an der Heuwaage, und zwar damals neben dem logopädischen Dienst, sowie für eine lange Zeit an der Spitalstrasse vis-à-vis des Kantonsspitals.

Zudem muss erwähnt werden, dass der Betrieb einer K+A schon jetzt mit vielen Begleitmassnahmen versehen ist. Es herrscht also keine rechtsfreie Zone. Neben Securitas beim Vorplatz, das Aufsuchen durch die Mittler im öffentlichen Raum, bei Bedarf Patrouillen der Kantonspolizei, dem Sprützwäspi sowie den Rundgängen der Mitarbeitenden und Nutzerinnen rund um die K+A, alles dreht sich darum, negative Begleiterscheinungen zu minimieren. Und auch beim Standort Riehenring befinden sich Schulhäuser in unmittelbarer Nähe. Es ist vielleicht nicht optimal, aber unmöglich ist es nun auch wieder nicht.

Dem Grün-Alternativen Bündnis ist es ein sehr grosses Anliegen, dass in unserer Stadt Menschen mit Suchtproblemen, auch solche, die sich im öffentlichen Raum bewegen und sichtbar sind, nicht noch weiter an die Ränder der Stadt gedrängt werden. Weil die berechtigten Anliegen der Motion vom zuständigen Departement ja eh schon bearbeitet werden und weil wir noch weitere Sicherheitsmotionen im Suchtbereich nicht als zielführend erachten, lehnen wir die Überweisung ab. So kann sich das zuständige Departement voll auf die gewünschte Standortevaluierung und das notwendige Massnahmenkonzept fokussieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Andrea Strahm. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Ist Ihnen bekannt, dass im Umfeld einer K+A stets auch gedealt wird und kennen Sie die Situation der Schulhäuser Horburg und Dreirosen?

*Oliver Bolliger (GAB):* Das ist mir sehr wohl bekannt, mir ist der Suchtbereich seit 20 Jahren bekannt, und dass gedealt wird vor einer K+A, gehört zur Realität einer K+A, das gehört einfach dazu.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Michela Seggiani.

*Michela Seggiani (SP):* Unter anderem, auch weil die SP ja jetzt in Vorvoten direkt angesprochen, besser gesagt, beschuldigt wurde, ist es mir doch noch wichtig, hier zu sagen, der Fraktion der SP ist dieses Thema extrem wichtig und es wurde uns gesagt, das sei nicht so. Wir haben das in der Fraktion wirklich lange und ausführlich diskutiert, weil, Sie wissen es, diese Motion wurde ja auch von vielen von uns unterzeichnet und deshalb ist es eben wichtig, das auch zu diskutieren. Seit die Motion zur Unterschrift vorlag, ist aber relativ viel gelaufen und es läuft auch noch sehr viel jetzt in den Kommissionen, wir haben es zum Teil gehört, und deshalb unterstützen wir jetzt auch diese Motion nicht, und zwar geschlossen nicht mehr.



Und noch einmal kurz die Gründe, Amina Trevisan hat sie ja auch schon gesagt, wir anerkennen, dass die Situation vor Ort mit K+A und Schulhaus beziehungsweise Kindergarten genau angeschaut werden muss. Natürlich, da kann man nicht blind reinlaufen. Eine Motion ist für uns aber zum heutigen Zeitpunkt nicht das ideale Instrument, um eine Evaluation zu fordern, deshalb wollen wir keine Motion. Und einen neuen Standort zu fordern jetzt vor einer Evaluation, ist für uns verfrüht. Das Thema ist jetzt noch in den Kommissionsberatungen und deshalb empfehlen wir auch mit diesem Minus im «Chrüzlistich», dass wir hier noch zuwarten.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat die Motionärin Nicole Kuster das Wort.

*Nicole Kuster-Simon (LDP):* Es freut mich, dass die Regierung die Motion entgegennehmen will. Ich danke allen Vorrednerinnen und Vorrednern, welche das Anliegen verstehen und unterstützen. Die ablehnenden Äusserungen hingegen kann ich nicht nachvollziehen. Die Motion bildet die Realität und die damit verbundenen Problemfelder ab und zielt in keiner Weise auf eine Ausgrenzung hin.

Als erstes wird eine sorgfältige Evaluation gefordert, dann sollen Alternativen oder Massnahmen präsentiert werden. Was daran falsch sein soll, verstehe ich nicht. Hauptanliegen dieser Motion ist es, nach Lösungen zu suchen und den Bedürfnissen von suchterkrankten Menschen und den minderjährigen Kindern gerecht zu werden. Beide schutzbedürftige Personengruppen können in ihrem Handeln eingeschränkt sein. Die Suchterkrankten durch die Erkrankung und die Kinder durch ihre altersbedingte Unreife.

Aus der Presse war zu vernehmen, dass der Kanton sich dahingehend geäussert hat, dass durch den Schulhausneubau und die Entwicklung eines neuen Familienareals die soziale Institution nicht verdrängt werden soll und durch Respekt und Rücksichtnahme ein Zusammenleben ermöglicht werden soll. Dieses Statement verkennt das vorliegende Spannungsfeld in grundlegender Weise. So kann den suchterkrankten Menschen keine konsequente Rücksichtnahme auferlegt werden. Wer dies fordert, wird dem Krankheitsbild nicht gerecht und berücksichtigt nicht, dass Drogenkonsum gerade eben die Steuerungsfähigkeit, welche es für eine konsequente Rücksichtnahme braucht, einschränken kann.

Auch kann es nicht sein, dass bereits Kindergartenkinder den täglichen Umgang in diesem Spannungsfeld üben sollen. Ob ein objektives Sicherheitsrisiko für die Schülerinnen und Schüler entstehen wird, kann offenbleiben, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Kinder und somit das Vertrauen in den selbstständig erlebten Schulweg geschmälert wird, liegt nahe. Die Wichtigkeit eines eigenständig erlebten Schulweges ist allgemein bekannt und elementar für die Entwicklung der Kinder. Und dass dabei die Erziehungsberechtigten abgetan werden, dass das nur die Angst ist, das ist ein Affront.

Dass heute so angeregt diskutiert wird, zeigt, dass gerade eben ein Spannungsfeld besteht, das Aufmerksamkeit verdient. Deshalb fordern wir Lösungen, welche die Gesamtsituation angemessen berücksichtigen und allen vulnerablen Personengruppen gerecht werden. Besten Dank, dass Sie dieses Anliegen unterstützen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Mahir Kabakci und noch eine von Melanie Nussbaumer. Beide werden angenommen. Mahir Kabakci zuerst bitte.

*Mahir Kabakci (SP):* Nicole Kuster, wir haben ja von unterschiedlichen Mitgliedern der Kommission gehört, dass dieses Geschäft noch am Laufen ist. Können Sie mir mitteilen, weshalb Sie dann nicht einen Anzug gemacht haben, sondern eine Motion?

*Michela Seggiani (SP):* Es war zuerst ein Anzug auf dem Papier und dann wurde mir gesagt, mach eine Motion, sonst passiert nichts. Es geht mir darum, dass es angeschaut wird. Auch wenn Sie heute dagegen stimmen, es wird etwas passieren und das stimmt mich zuversichtlich.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die zweite Zwischenfrage wurde zurückgezogen. Somit kommen wir zur Abstimmung.

## **Abstimmung**

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung





### Ergebnis der Abstimmung

**48 Ja, 43 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002629, 24.01.24 09:32:19]

### Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion überwiesen mit 48 Ja-Stimmen bei 43 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Amina Trevisan möchte gemäss § 58 der GO eine persönliche Erklärung abgeben und ich erteile ihr das Wort.

*Amina Trevisan (SP):* Ich wurde mit einem massiven Vorwurf konfrontiert, dass ich ein Kommissionsgeheimnis verraten hätte. Ich finde das schlimm und ich lehne diesen Vorwurf dezidiert zurück. Meine Integrität und meine Ehrlichkeit wurden somit in Frage gestellt. Im Nachgang wurde mir erklärt, dass ich mich auf das Sicherheitsgefühl der Schüler\*innen bezogen haben soll. Geschätzte Kollegin Frau Kuster, hier steht es in Ihrer eigenen Motion, ich habe mich auf Ihre Motion bezogen. Wenn ich auf das Sicherheitsgefühl von Schülerinnen und Schülern Bezug nehme, dann sagen Sie mir bitte, wo ich den Fehler gemacht habe. Ich will es wissen, wenn Sie mir das vorwerfen. Es geht um meine Integrität. Das geht einfach nicht, dass Sie etwas so in den Raum stellen, und ich habe das Recht, mich zu verteidigen, weil es nicht stimmt.

### 35. Motion 8 Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft

[24.01.24 09:33:48, 23.5586.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert drei Monate zu überweisen.

### 36. Motion 9 Luca Urgese und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb zwischen kantonalen Unternehmen und Privaten stärken

[24.01.24 09:34:17, 23.5590.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als Einzelsprecherin hat sich eingetragen Heidi Mück.

*Heidi Mück (GAB):* Das Grün-Alternative Bündnis möchte diese Motion auch nicht überweisen. Als ich sie zuerst gelesen habe, war ich verwirrt. Ich habe mich gefragt, um welche kantonalen oder staatsnahen Betriebe geht es hier, die da so wahnsinnig profitieren. Geht es um das Unispital, geht es um die BVB, geht es um die Kantonalbank und dann habe ich mich gefragt, wo das Problem ist, für das so dringend eine Lösung gefunden werden muss, dass es eine Motion braucht. Ich habe dann ein bisschen recherchiert und gesehen, dass die Motion, also grosse Teile, einfach von zwei nationalen Motionen aus dem nationalen Parlament stammen. Zum Teil sind Sie wörtlich abgeschrieben, das kann man natürlich machen, fairerweise sind ja auch die Quellen im Motionstext erwähnt.



Beide Quellen beauftragen den Bundesrat, die nötigen Gesetzesänderungen vorzuschlagen, um Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen einzudämmen. Für mich wird da das Bild des Staates suggeriert, der sich wie eine Krake ausbreitet und die arme Privatwirtschaft unrechtmässig konkurrenziert. Es steht zwar nicht in der Motion, aber wir wissen ja alle, was das bürgerliche Rezept gegen diese Staatskrake ist. Die Staatsausgaben werden in ein enges Korsett gezwängt und es wird genau darauf geachtet, dass die Verwaltung ja nicht wächst. Schliesslich soll der Staat ja nur seine Kernaufgaben gemäss Verfassung erbringen und alles andere der Privatwirtschaft und dem ach so freien Markt überlassen.

Vor diesem Hintergrund hätte ein Anzug oder auch eine schriftliche Anfrage eigentlich völlig gereicht, doch nun soll gleich mittels Motion die Public Governance-Richtlinien für Beteiligungen des Kantons ergänzt werden, damit der Regierungsrat zeigen kann, dass er Wettbewerbsneutralität und einen fairen Wettbewerb wichtig findet und um zu zeigen, dass der Krake-Staat möglichst geschwächt werden soll. Da werden seltsame Bilder kreiert und es wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen.

Deshalb bitte ich Sie im Namen des GAB, diese Motion nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Raoul Furlano. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Heidi Mück, meine Frage geht dahin, dass wenn Sie eine Motion oder den Hintergrund einer Motion nicht verstehen, warum Sie nicht die Kommunikation suchen und mit den Motionären dies besprechen und einen schönen politischen Diskurs führen, den wir hier nur beschränkt durchführen können?

*Heidi Mück (GAB):* Ja gut, das hätte ich machen können, aber eine Motion bei der Erstüberweisung, da diskutieren wir so.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Als Vertreterin der Staatskrake werde ich nun kurz Stellung nehmen, warum wir die Motion nicht entgegennehmen möchten. Ich habe ja vorhin erfahren, dass wenn Sie nur einen Anzug machen, wir nichts machen. Daher verstehe ich jetzt, warum es eine Motion ist. Nein, ich wollte nur etwas auflockern, ich habe den Eindruck, die Stimmung heute ist schon am frühen Morgen etwas schwierig.

Der Grund, warum wir es nicht nehmen, hängt nicht einmal mit dem Inhalt, dem Kern zusammen, das können wir gerne prüfen. Es ist ja auch beim Bund jetzt ein Thema, das macht sicher Sinn. Wir wollen ja nicht den Wettbewerb verzerren, auch wenn wir vielleicht nicht alle Vorteile, die Sie hier aufführen, wirklich haben. Wir würden das gerne darstellen, das kann man, das kann man auch anschauen, ob es hier problematische Bereiche gibt. Aber Sie haben mit Ihrer Motion die PCG-Richtlinien angesprochen und die sind, auch wenn er noch klein ist, der Kompetenzbereich der Regierung, aber die sind in unserer Kompetenz und daher kann ich die Motion nicht entgegennehmen. Wenn Sie das offen gelassen hätten, dann hätten wir das machen können, das heisst, wenn Sie es überweisen und wir dann einen Anzug verlangen, machen wir das gerne. Aber die PCG-Richtlinien, eben kleiner Kompetenzbereich noch, aber ist in unserem Kompetenzbereich. Und wir würden natürlich auch gerne abwarten, was beim Bund herauskommt, das macht natürlich Sinn, dass wir uns dort anlehnen könnten.

Also es ist eher ein formales Kriterium, inhaltlich kann man das sicher anschauen und eine Auslegeordnung machen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Ich möchte ganz kurz auch die unterstützenden Worte für diese Motion seitens der LDP hier einbringen. Ich weiss nicht, wieso man sich gegen dieses Anliegen verwehren kann. Die Argumentation von Regierungsrätin Tanja Soland kann ich nachvollziehen., dennoch wäre eine Auslegeordnung sinnvoll. Es gibt immer wieder Momente, da frage ich mich konkret, wie die Gebaren von den staatsnahen Betrieben in Bezug auf die Wettbewerbsneutralität sind. Ich war bei den Swiss Indoors und habe eine riesige Lounge gesehen der IWB. Ich sehe das Tram, dass subventioniert wird oder bewirbt wird von der IWB und ich sehe den FC Basel, wo IWB draufsteht.

Das kann ja alles mit guten Gründen passieren, aber mich würde es aus einer liberalen Optik wundernehmen, auf welcher Grundlage das passiert. Ich sehe hier potenzielle wettbewerbsverzerrende Elemente, weil die IWB suggeriert, Staatsnähe



suggeriert Vertrauen und das bedeutet dann wiederum, dass andere Firmen benachteiligt werden könnten. Vielleicht nicht direkt in diesem Fall, aber indirekt und darum ist es doch alles andere als dumm, diese Vorlage nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit hat der Motionär Luca Urgese das Wort.

*Luca Urgese (FDP):* Ja, diese Motion ist inspiriert vom Bund. Man darf gute Sachen, die der Bund macht, auch entsprechend kopieren und das ist, wie Heidi Mück richtig ausgeführt hat, in der Motion transparent ausgewiesen. Ich sehe also nicht, wo jetzt genau das Problem sein sollte.

Es geht um Public Governance-Richtlinien. Das ist keine Gesetzesänderung und trotzdem scheint mir die Motion die richtige Form. Mit der Motion haben wir das Recht, die Regierung zu einer Massnahme zu verpflichten. Man könnte jetzt sagen, diese Richtlinien haben praktisch Verordnungscharakter und da können wir ja mit der Motion auch entsprechend Einfluss darauf nehmen, ich sehe also nicht, warum das nicht möglich sein sollte. Diese Richtlinien sind anwendbar auf Unternehmen mit Beteiligung des Kantons. Da gibt es mehrere, das ist auch transparent ausgewiesen im Jahresbericht des Regierungsrates, zum Beispiel die IWB, BKB, die MCH Group, die Spitäler, Abraxas Informatik AG, das habe ich jetzt auch noch gelernt in der Vorbereitung, da sind wir auch beteiligt.

Warum ist es wichtig, dass wir jetzt hier klare Spielregeln festlegen, wenn es um einen fairen Wettbewerb geht. Solche Unternehmen haben diverse Vorteile, weil sie unter Beteiligung des Staates stehen. Sie haben teilweise Staatsgarantien, was Private nicht haben, sie haben teilweise Quersubventionen aus Monopolbereichen, was Private nicht haben, sie haben Finanzierungs- und Steuervorteile, sie sind teilweise auch von der Steuer befreit, was Private nicht haben, sie haben einen privilegierten Zugang zu Daten, Kundendaten, insbesondere wenn sie in Monopolbereichen tätig sind, was Private in der Regel nicht haben. Es ist schön, wenn Heidi Mück da die liberale Staatspolitik skizziert, aber hier geht es um Fairplay und Fairplay im Wettbewerb zwischen dem Staat und Privaten.

Machen wir ein kleines konkretes Beispiel. Wenn Sie auf die Webseite der IWB gehen, dann sehen Sie, IWW bietet dort Internet an. Man kann bei der IWB einen Internetanschluss bestellen. Warum? Es gibt auf dem Markt ein ausreichendes Angebot, genügend Anbieter, wo man seinen Internetanschluss bestellen kann. Die Infrastruktur wurde von den Steuerzahlenden zu einem wesentlichen Teil mitfinanziert. Wieso muss jetzt da die IWB auch noch Anbieter sein? Die IWB hat, weil sie in einem Monopolbereich tätig ist, die Adressen aller Haushalte und kann so bei allen Haushalten Werbung machen, etwas, was Private so nicht tun können. Ist das fairer Wettbewerb zwischen privaten und staatlichen Unternehmen?

Diese Motion verbietet nichts. Sie führt aber dazu, wenn man das in diese Richtlinien schreibt, dass Unternehmen Wettbewerbsneutralität und fairen Wettbewerb systematischer und umfassender berücksichtigen müssen. Man wird als Unternehmen mit staatlicher Beteiligung dazu gezwungen, sich mit den eigenen Privilegien, die man hat, auseinanderzusetzen. Tanja Soland gesagt, ja, man kann jetzt zuerst abwarten, was der Bund macht. Ja, das kann man machen, dafür muss man aber diese Motion nicht ablehnen, weil wir wissen, die Umsetzungsfrist einer Motion, und da steht ja nichts anderes drin, dauert vier Jahre. Das sollte eigentlich lange genug sein, um zu schauen, was der Bund da entsprechend macht. Aber der Bund hat bereits gesagt, wir werden das machen, das ist ein parlamentarischer Auftrag, den wir bekommen haben, wir werden das machen, wir werden das umsetzen. Also da sehe ich jetzt keinen Grund, wieso das gegen eine Überweisung der Motion sprechen sollte.

Und wollen wir mit dem jetzt kantonale Unternehmen schwächen? Nein, wollen wir nicht, was wir wollen, ist ein fairer Wettbewerb, wir wollen gleich lange Spiesse und deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen ab.

## **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

## **Ergebnis der Abstimmung**

**49 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002633, 24.01.24 09:46:20]

## **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monate zu überweisen.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion überwiesen mit 49 Ja-Stimmen bei 43 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

**37. Motion 10 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Abbau von Hindernissen bei der Förderung von Photovoltaikinstallationen in den historischen Ortskernen von Basel, Riehen und Bettingen**

[24.01.24 09:46:29, 23.5591.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert drei Monate zu überweisen.

**38. Anzug 1 Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Umsetzung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung während des Maturitätslehrgangs gemäss Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV)**

[24.01.24 09:47:02, 23.5539.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Brigitte Gysin.

*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Dass die Laufbahnberatung auch an Gymnasien wichtig ist, ist natürlich unbestritten. Trotzdem bestreite ich diesen Anzug, denn wenn wir ein Beispiel suchen, was es heisst, Wasser in den Rhein oder Eulen nach Athen zu tragen, haben wir es vor uns. Der Anzug sagt, es soll geprüft und berichtet werden, ob nicht auch an den Gymnasien die Laufbahnberatung ein verbindlich integraler Bestandteil sein sollte. Es soll auch geschaut werden, dass nicht nur die Studienberatung im Zentrum steht.

Ich habe hier ein Papier, das heisst Kantonale Rahmenvorgaben Studien- und Laufbahnberatung an den Gymnasien Basel-Stadt. Es wurde 2018 von der AKOM verabschiedet, das ist die Konferenz der Mittelschulen, da sind alle Schulleitungen der Mittelschulen und die Leitung Mittelschule dabei. Und die AKOM hat bereits auf ihrer Themenliste drauf, dass nun mit den Rahmenvorgaben eidgenössischen Änderungen dieses Papier wieder überprüft werden muss und bei Bedarf angepasst oder ergänzt werden soll.

In diesem Papier werden auf vier Seiten die überfachlichen Kompetenzen beschrieben, die notwendig sind für eine solche Laufbahnentscheidung. Es wird gesagt, dass jede Schulleitung ein Mitglied verbindlich mit dem Dossier betrauen muss. Es wird gesagt, dass über die vier Jahre hinweg sowohl Berufs- als auch Studienberatung und die dazugehörigen Stellen einbezogen werden müssen und es wird gesagt, dass jedes Gymnasium eine Umsetzung, ein Konzept haben muss, das zeigt, wie in den vier Jahren dies konkret regelmässig gemacht wird. Zufälligerweise habe ich das Konzept des Gymnasiums Bäumlhof da und ich möchte Ihnen ein paar Einblicke geben. Es ist nicht vollständig.

Erstes Schuljahr, Mitte Schuljahr, erste wichtige Entscheidungssituation, Standortbestimmungsgespräche, ist der Jugendliche, die Jugendliche am Gymnasium am richtigen Ort. Im Vorfeld erhalten die Lehrpersonen, die die Gespräche führen, von einer Vertreterin des BIZ, des Berufsinformationszentrums, ein ausführliches Update über die alternativen Schulmöglichkeiten wie auch über die Berufslehrgänge, wie die aussehen, was die Möglichkeiten sind bezüglich Laufbahn, auch was die Rahmenbedingungen sind, Anmeldetermine, usw. So sind die Lehrpersonen vorbereitet, um Jugendliche und Eltern im Gespräch kompetent zu beraten. Am Tag selbst ist auch jemand vom BIZ vor Ort in der Schule. Die Eltern und



Jugendlichen können also nach dem Gespräch direkt hingehen, einen Termin vereinbaren für eine Berufsberatung und auch für Beratung über andere schulischen Möglichkeiten oder sogar das Gespräch direkt dort führen.

Zweite Klasse, alle Schülerinnen und Schüler im Kanton erhalten einen Brief der Studienberatung. Da werden alle Angebote der Studienberatung vorgestellt, zum Beispiel ein Abend für Eltern mit dem Titel Uni für Eltern, indem es darum geht, wie Eltern ihre Kinder bei der Studienlaufbahnüberlegungen unterstützen können. Im gleichen Jahr besuchen die Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Wirtschaft und Recht verschiedene Unternehmen in der Region, um Einblicke in Berufs- und Wirtschaftsfelder zu erhalten.

Dritte Klasse, da kommt eine Spezialität unserer Schule, die sogenannten Profilwochen. Die Schülerinnen und Schüler haben sechs Wochen Zeit für eine ausserschulische Erfahrung. Manche nutzen dies zum Beispiel, um drei Wochen bei einer Schreinerei und drei Wochen in einem Pflegebereich ein Praktikum zu machen und so Einblicke zu erhalten. Sie organisieren das selbst, das gehört zu diesen überfachlichen Kompetenzen gefördert werden sollen, haben aber eine Lehrperson als Coach. Es gibt eine Kick-Off-Veranstaltung, da ist die Studienberatung anwesend, und es wird zum Thema gemacht, wie man diese Profilwochen nutzen kann, um eben gerade für die Berufs- und Laufbahntscheidung Hilfestellung zu bekommen.

In der dritten Klasse beginnt auch die Maturaarbeit. Auch dies ein Ort, wo man sich Gedanken machen kann, was sind meine Fähigkeiten, meine Neigungen, meine Grenzen und dann ein Thema gezielt wählen kann und da auch sich in einem Berufs- oder Studienfeld selbst ausprobieren kann. In der vierten Klasse schliesst man diese Arbeit ab und man hat die Gelegenheit, an Informationstagen der Universität teilzunehmen, um so auch Einblick in verschiedene Studienfelder zu erhalten.

So sieht das in jeder gymnasialen Schule hier im Kanton aus. Alle haben solche Konzepte und wir können natürlich jetzt jemanden im Bereich Mittelschule beschäftigen, dass er oder sie einen Bericht schreibt, da steht dann das, was ich jetzt gesagt habe, etwas ausführlicher. Und wir können uns beschäftigen, in ein paar Wochen können wir das dann selbst lesen oder wir können auch sehen, dass in Athen genügend Eulen oder im Rhein genügend Wasser ist und das nicht überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist die Sandra Bothe-Wenk.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Auch die GLP ist gemäss «Chrüzlistich» offen. Dies sicher nicht, weil uns die Laufbahngestaltung der Gymnasiasten und Gymnasiastinnen nicht genug wichtig wäre, sondern weil einige von uns der Auffassung von Brigitte Gysin sind und das Anliegen des Vorstosses als erfüllt betrachten.

Im Gegensatz zu anderen Kantonen sind in Basel-Stadt die Rahmenvorgaben für die Studien- und Laufbahnberatung bereits in Kraft und müssen in allen Gymnasien umgesetzt werden. Die Ziele sind definiert, wobei die Schulleitung verantwortlich für die Umsetzung ist. Wir haben es gehört, dies ist in den kantonalen Rahmenvorgaben festgehalten. In jedem Gymnasium übernimmt eine Schulleitungsperson verbindlich das Dossier Beruf-, Studien- und Laufbahnwahl an der Schule. Die intensive Zusammenarbeit zwischen den Gymnasien, der Studienberatung Basel und der Berufsberatung Basel-Stadt ist fest verankert, um einen umfassenden Prozess der Beruf-, Studien- und Laufbahnwahl während der gesamten gymnasialen Schulzeit zu gewährleisten. Brigitte Gysin hat beschrieben, wie das funktioniert an den Gymnasien.

Einige GLP-Mitglieder erachten es in der Fraktionsdiskussion als wenig sinnvoll, den Vorstoss dem Regierungsrat zu überweisen, um bereits Bekanntes zu rapportieren. Die Frage stand im Raum, ob man den gymnasialen Schulleitungen die Umsetzung nicht zutraut und es deshalb zusätzliche Kontrollinstrumente braucht.

Jedenfalls sind die Fraktionsmitglieder daher offen und folgen den Argumenten der heutigen Debatte, um auf dieser Grundlage eine abschliessende Meinung zu bilden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich hoffe, Sandra Bothe wird jetzt von meinen Argumenten überzeugt. Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, den Anzug von Catherine Alioth zu überweisen.

Brigitte Gysin hat vorher von den Eulen in Athen gesprochen und es hat dort schon sehr viele. Es hat aber auch an der Universität Basel sehr viele, die ein Studium abbrechen, gerade weil sie vorgängig eben diese Beratung wahrscheinlich nicht hatten oder sie zumindest zu ungenügend in Anspruch genommen haben. Insofern rennt dieser Anzug von Catherine Alioth sehr wohl sehr offene Türen ein, weil es vielleicht nicht nur eben genügend Eulen in Athen, sondern auch zu viele Studienabbrechende hat.



Und der Anzug von Catherine Alioth bringt ja noch ganz viele andere Aspekte mit, Brigitte Gysin. Er sagt nämlich, dieser Anzug, dass man ein solches Angebot der Laufbahnberatung einerseits verbindlich machen soll, hier gibt es offenbar unterschiedliche Wahrnehmungen, was das Wort verbindlich genau bedeutet. Bei einem Anzug kann man sagen, kann der Regierungsrat es dann so interpretieren, wie er es möchte, aber er fordert eben gleichzeitig auch, und das dünkt mich vor allem der wichtigere Anteil in diesem Anzugstext, dass man das praxisbezogen auch mit der Wirtschaft macht. Und ich glaube, das ist vor allem auch etwas, was sehr entscheidend ist, dass wir solche Laufbahnberatungen nicht nur auf einer theoretischen Metaebene mit den Schülerinnen und Schülern diskutieren oder diese Beratung begleiten, sondern auch die Praxis miteinbeziehen.

Und hier können wir nun wirklich nicht davon sprechen, Brigitte Gysin, dass es im heutigen Umfeld um die Berufslehre im Kanton Basel-Stadt so wahnsinnig gutsteht. Wir haben gerade den Lehrstellenbericht 2022 vom Regierungsrat überwiesen bekommen, die Situation der Berufsbildung hat sich nicht weitgehend verbessert. Die Berufsbildung scheint noch immer für viele Menschen, für viele Jugendliche, aber auch für viele Eltern der Jugendlichen nur der zweite Weg zu sein, wenn man es nicht schafft, auf den universitären Weg umzusteigen oder auf diesem zu bleiben. Und ich glaube, das ist auch etwas, wo es ganz entscheidend sein kann, dass den Schülerinnen und Schülern auch wirklich verbindlich an den Gymnasien aufgezeigt wird, dass es noch andere Möglichkeiten gibt, wie «nur» den universitären Weg.

Hier, glaube ich, kann eine verbindliche Form mit Einbezug der Wirtschaft dazu führen, dass wir einerseits etwas Gutes tun für die Schülerinnen und Schüler, ihnen dort ein wenig mehr vielleicht auch Richtung geben können, wenn sie nicht ganz genau wissen, in welche Richtung sie gehen wollen, und gleichzeitig schaffen wir es auch, diese doch nicht ganz gute Situation vielleicht ein Stück weit zu korrigieren, dass wir sehr viele, überdurchschnittlich viele Studienabbrechende im Kanton Basel-Stadt haben.

Ich glaube, deshalb rennt dieser Anzug offene Türen ein und wir sollten ihm zumindest die Chance geben, es dem Regierungsrat zu ermöglichen, uns darüber zu berichten, wie wir hier vielleicht ein besseres Zusammenspiel dann auch zwischen den Verantwortlichen an den Schulen und der Wirtschaft hinbekommen, dass diese Laufbahnberatung möglichst zielgerichtet dann auch durchgeführt werden kann.

Insofern bitte ich Sie im Namen meiner Fraktion, diesen Anzug heute einmal dem Regierungsrat zu überweisen, der uns dann auch entsprechend berichten kann und wir dann vielleicht auch zu einem späteren Zeitpunkt so die Gelegenheit haben, hier in diesem Bereich zu justieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Brigitte Gysin. Sie wird angenommen.

*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Joël Thüring, denken Sie, dass solche Dinge wie Einsätze in einer Schreinerei während den Profiwochen oder Besuche von Unternehmen bei Wirtschaft und Recht ohne Einbezug der Wirtschaft möglich sind?

*Joël Thüring (SVP):* Nein, selbstverständlich nicht, aber das soll entsprechend ausgebaut werden und das wird im Anzug von Catherine Alioth ja gut beschrieben, wie das auch getan werden soll. Es wird auch von der Handelskammer unterstützt, die ja in dieser Frage sehr aktiv ist in der Berufsbildung. Also ich glaube, es ist sinnvoll, dass wir das jetzt unterstützen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat die Anzugsstellerin Catherine Alioth das Wort.

*Catherine Alioth (LDP):* Wir haben jetzt Verschiedenes gehört und es wird offensichtlich auch schon viel gemacht an den Gymnasien, nichtsdestotrotz sind wir fest davon überzeugt, dass Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung ein obligatorischer und integraler Bestandteil der Sekundarstufe II sein sollte. Das heisst ein verbindlicher Bestandteil der gymnasialen Ausbildung.

Die Beratung sollte über alle vier Jahre hinweg durchgeführt werden, um eine kontinuierliche Diskussion über die Eignung für Berufsfelder zu ermöglichen. Ziel ist es, den Schülerinnen und Schülern bessere Informationen und Unterstützung bei ihrer Entscheidungsfindung anzubieten. Eine gründliche Vorbereitung auf Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten unter Berücksichtigung berufs- und arbeitsmarktrelevanter Aspekte hat nicht nur positive Auswirkungen auf zukünftig Auszubildende, so können Abbrüche von Ausbildungen oder das Wechseln des Fachbereichs vermieden werden sowie ein leichter Einstieg in das Arbeitsleben gewährleistet werden. Eine gründliche Vorbereitung hat aber auch positive Auswirkungen auf die Arbeitgeber, die dringend benötigten Fachkräfte zu gewinnen, auf die sie angewiesen sind. Der Einbezug der Arbeitgeber ist also wichtig. Wir sind auch der Meinung, dass eine bikantonale Zusammenarbeit geprüft werden soll, dies könnte Ressourcen einsparen und Expertisen bündeln.



Wie schon Joël Thüring gesagt hat, Branchenverbände, Gewerbeverband, Arbeitgeberverband und Handelskammer beider Basel unterstützen die Überweisung dieses Anzugs. Eine heutige Überweisung wäre auch vom Zeitpunkt her gut, da 2024 die Umsetzung der nationalen Vorgaben zur sogenannten Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität auf kantonaler Ebene vorbereitet wird. Auch der Kanton Baselland will den Vorstoss entgegennehmen, prüfen und darüber berichten.

Gestützt auf diesen Ausführungen würde ich mich sehr freuen, wenn Sie diesen Anzug zum Prüfen und zum Berichten überweisen würden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wurde bestritten von Brigitte Gysin. Wir kommen zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

### Ergebnis der Abstimmung

**83 Ja, 6 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002636, 24.01.24 10:01:52]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 83 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

## 39. Anzug 2 Eric Weber betreffend schöner Bahnhofsvorplatz Basel SBB

[24.01.24 10:02:00, 23.5540.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Eric Weber das Wort.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Das ist ein Dauerthema in Basel, der Bahnhofsvorplatz. Ich habe mich da kundig gemacht, ich habe recherchiert, ich habe es einmal verglichen mit dem Vorplatz des Badischen Bahnhofs und der SBB. Am Bahnhof SBB, als ich recherchiert habe, hat man mir erklärt, dass ausserhalb des Bahnhofs die Kantonspolizei zuständig ist. Darum herrscht das Chaos vor dem Bahnhof. Im Bahnhof SBB drinnen ist die Bahnpolizei zuständig und darum, weil die Bahnpolizei gut arbeitet, ist im Bahnhof SBB alles gut vorhanden. Beim Badischen Bahnhof ist es die deutsche Grenzpolizei, die für Ordnung schaut, darum ist dort beim Badischen Bahnhof auch alles vorhanden.

Der Bahnhofsvorplatz ist die Visitenkarte unseres Kantons, darum schreibe ich auch in diesem Anzug: Bahnhöfe sind Tore zur Stadt, Fenster zur Welt und Räume mit Flair. Wer aber in Basel ankommt, sieht von alledem nur wenig. Lesen Sie die Basler Zeitung, dort steht das seit 20 Jahren täglich drin. Ein Reisender, der in eine fremde Stadt kommt, beurteilt sie nach dem ersten Eindruck, den sie ihm vermittelt. Früher kam der Reisende mit der Bahn an und wenn er aus dem Bahnhof schritt in Begleitung des Gepäckträgers, der seine Bagage schleppte, empfing ihn der Bahnhofsvorplatz. Je nachdem, wie der aussah, fand dann der fremde Reisende die Stadt Basel mehr oder weniger sympathisch.

Städte, die das erkannt haben, gestalten deshalb ihren Bahnhofsvorplatz so angenehm und freundlich wie möglich. Basel gehört zu den Städten, die sich nicht sehr um die Schönheit des Bahnhofsvorplatzes kümmerten. Er trägt noch immer den Namen einer längst verschwundenen Gesellschaft, die nach endlosen Schwierigkeiten am 26. August 1852 auf Initiative des Basler Geschäftsmannes Karl Geigy gegründet wurde. Diese schweizerische Zentralbahn, nach ihr heisst der Platz Centralbahnplatz.



Der Centralbahnplatz war nicht dazu geschaffen worden, dass sich Gäste lang auf ihm aufhalten und den Anblick geniessen sollten. Auf zwei Seiten begrenzen in Hotels, die noch heute das Gesicht des Platzes bestimmen. Sie wissen es alle, der altehrwürdige Schweizerhof und Hotel Euler. Die dritte Seite nahm der Bahnhof ein und die vierte führt auf den Aeschengraben. Der Centralbahnplatz ist ein Konglomerat von Bauten, die wenig miteinander gemeinsam haben als ihre Funktion. Das runde Hochhaus der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich am Ende des Platzes betont das Konglomerat noch mehr.

Das ist einfach das, was ich sagen möchte und ich bin einfach wirklich als Steuerzahler von Basel und als Grossrat von Basel und als Kind, das hier aufgewachsen ist, traurig, was ich dort vor dem Bahnhof SBB immer sehe. Und dann lese ich 20 Minuten jeden Tag und dann erschrecke ich immer, wenn dann steht, Bahnhofsvorplatz Schlägerei. Und jetzt bin ich so erschrocken vor einer Woche, dann habe ich das noch einmal gelesen, Bahnhofsvorplatz Schlägerei, das ist ja schon am Nachmittag, es ist ja nicht einmal um Mitternacht, wo es gefährlich ist in Basel, wo ich nicht mehr rausgehe. Und ich gehe auch dort beim Bahnhofsvorplatz abends nicht mehr hin, weil das einfach sehr gefährlich ist. Und das muss ich einfach als Grossrat sagen, dass ich das nicht schön finde und darum habe ich diesen Anzug gemacht, weil das tief im Inneren von mir ist, was ich dort am Bahnhof SBB sehe, gefällt mir nicht.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**2 Ja, 62 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002638, 24.01.24 10:07:48]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

keine Überweisung. Der Anzug ist erledigt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 62 Nein-Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

### **40. Anzug 3 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Spenden statt Entsorgen, Pilotprojekt in Entsorgungsstellen**

[24.01.24 10:07:55, 23.5546.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

### **41. Anzug 4 Anina Ineichen und Konsorten betreffend eine sichere Veloverbindung zwischen Rankhof und Wettsteinplatz**

[24.01.24 10:08:19, 23.5547.01]





*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Lassen Sie mich in aller Kürze Ihnen erklären, weshalb die SVP die Überweisung dieses Anzuges bestreitet. Es geht uns dabei nicht um die erste Forderung. Die erste Forderung ist ebenfalls Eulen nach Athen getragen und sogar noch Wasser in den Rhein getragen. Damit könnten wir gut leben, die Regierung sicher auch, weil sie ist schon voll bei der Planung. Ich verweise auf die Planung zum Stadtraum Solitude.

Wo wir Probleme haben, ist bei der zweiten Forderung. Es geht einmal mehr um den Verteilkampf zwischen Fussgängerinnen und Fussgängern, Velofahrerinnen und Velofahrern und dem Strassenverkehr in der Grenzacherstrasse, insbesondere auch den Strassenverkehr der BVB. Es ist nun in Gottes Namen mal so, dass im Abschnitt Peter Rot-Strasse/Fischerweg ohne Abreissen von Gebäuden es nicht möglich ist, normgerechte Trottoirs, normgerechte Velowege und normgerechte Strassen parallel zueinander zu bauen.

Und aus genau diesem Grund bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich spreche hier nicht für die Fraktion, wir sind uns da nicht ganz einig. Ich kann mich dem Votum von meinem Vorsprecher grundsätzlich anschliessen. Ich möchte einfach noch zu bedenken geben, eine sichere Veloverbindung, die erfolgt nicht auf der Hauptverkehrsachse, sondern am Rhein entlang. Da sind wir uns grundsätzlich ja einig. Wir sind uns auch einig, dass es da unten am Rhein weiter vorwärtsgehen sollte. Leider ist das eben nicht der Fall. Hans-Peter Wessels hatte etwa vor vier Jahren diese lustigen Piktogramme aufgemalt, die sind mittlerweile verblasst. Ich glaube, die Energie ist irgendwie auch verblasst, da vorwärtszumachen.

Wenn ich mir das Stadtraumkonzept Solitude anschau, dann soll es weitere sieben Jahre gehen. Sieben Jahre bis diese kurzen 200 Meter da unten für eine Veloverbindung, die Velostrasse, die man ja gebaut hat weiter vorne oder aussignalisiert hat, eine Verbindung nach Grenzach, ohne dass man hinter einem Bus warten muss, ohne dass man hinter einer Lichtsignalanlage warten muss, weitere sieben Jahre soll es gehen, bis dieser Veloweg da unten fertig ist.

Ich appelliere an die Kollegen in der UVEK, den Bebauungsplan jetzt von der Roche, das Ganze mal anzuschauen, dass man vielleicht da ein bisschen schneller vorwärtsmachen kann.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat die Anzugsstellerin Anina Ineichen das Wort.

*Anina Ineichen (GAB):* Es ist eine wichtige Veloverbindung und sie ist sehr schlecht. Es gibt Unfälle, wir haben viele Reklamationen bei Pro Velo, die diesen Perimeter betreffen. Es braucht hier nun diese Abstände der Fahrräder, die gemacht werden müssen und das muss sofort kommen, weil die Fahrräder sind jetzt unterwegs. Wir haben nicht Zeit zu warten. Sämtliche Massnahmen, die im Anzug gestellt werden, müssen umgesetzt werden und ich bitte Sie, diesen Anzug jetzt zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**73 Ja, 15 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002641, 24.01.24 10:12:57]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 73 Ja-Stimmen bei 15 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

#### **42. Anzug 5 Anouk Feurer und Konsorten betreffend Antisemitismusprävention an allen Sekundarschulen**

[24.01.24 10:13:05, 23.5570.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

##### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

#### **43. Anzug 6 Philip Karger und Konsorten betreffend Antisemitismusbekämpfung mittels Sichtbarkeit der Geschichte der Juden in Basel**

[24.01.24 10:13:31, 23.5571.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

##### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

#### **44. Anzug 7 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Drohnen statt Helikopter - für eine ökonomischere und ökologischere Kantonspolizei**

[24.01.24 10:13:56, 23.5577.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Ich bitte gleich zuerst um Entschuldigung, wenn ich jetzt dann gleich etwas oberlehrerhaft daherkommen werde, wahrscheinlich etwa so wie jeweilen Beat Leuthardt, wenn es um Tramschienen ging. Aber es ist nun in Gottes Namen so, dass ich das Gefühl habe, dass ich von fliegenden Dingen ein klein wenig etwas verstehe, insbesondere wenn Sie grün oder silbern angestrichen sind.

Bei diesem Anzug kann man entweder von leichten Drohnen, Quadrocopter und dergleichen sprechen oder von militärischen Drohnen. Ich werde Ihnen jetzt erklären, weshalb weder das eine noch das andere wirklich Sinn macht.

Bei leichten Drohnen, bei Quadrocopter, da können Sie zwar mittlerweile recht gute VGA- oder super VGA-Kameras einbauen. Was Sie nicht einbauen können wegen der Nutzlast, das sind optische Zooms und das sind Infrarotkameras. Beides brauchen Sie allerdings, wenn Sie aus der Luft eine Demonstration oder etwas anderes beobachten wollen, weil sonst müssen Sie nämlich fünf bis zehn Meter über die Köpfe der Demonstrantinnen und Demonstranten sausen und bei jeder Kreuzung eine separate Drohne haben. Jede Drohne braucht einen eigenen Piloten, Sie können selbst ausrechnen, was das bedeutet. Zudem haben diese Drohnen keine ausreichende Reichweite, das heisst, alle 30 bis 40 Minuten müssen



Sie die Drohne austauschen. Auch da brauchen Sie jeweils für beide Drohnen, die, die hinfliegt und die, die zurückfliegt, einen separaten Piloten. Sie sehen, so können Sie Demonstrationen nicht aus der Luft beobachten.

Jetzt könnte man natürlich militärische Drohnen nehmen, taktische Drohnen. Die Schweiz ist dabei, sechs solche zu kaufen. Schlechte Nachricht, keine der sechs ist im Moment einsatzfähig. Wenn sie dann mal einsatzfähig sein werden, wird jede dieser Drohnen von einem Hubschrauber begleitet werden müssen aufgrund von Auflagen betreffend der Flugsicherheit. Für all jene, die sich an das Sausen im Himmel während der Euro 08 erinnern, das war schon damals so, schon damals wurde jede Drohne von einem Hubschrauber begleitet. Die Drohne haben wir hier unten immer sehr gut gehört, den Hubschrauber hat man nicht wahrgenommen. So viel zum Thema Lärm. Jetzt haben Sie gehört, sechs militärische Drohnen sind in Beschaffung. Zum Vergleich, die Schweizer Armee hat 43 Hubschrauber, zusätzlich kommen hunderte private Hubschrauber, die man anmieten kann. Ich muss Ihnen nicht vorrechnen, was ökonomisch sinnvoller ist, der Hubschrauber oder die Drohne.

Ich bitte Sie also um ein bisschen Vertrauen betreffend meine Ausführungen und dass Sie der Verwaltung das ersparen, diese Ausführungen auch noch in schriftlicher Form Ihnen abzugeben und entsprechend diesen Anzug nicht überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Béla Bartha.

*Béla Bartha (GAB):* Danke vielmals für den wirklich sehr fachlich hochstehenden Beitrag von Lorenz Amiet. Eigentlich hätte ich jetzt meinen Einsatz gerade hier vergessen können, aber es ist trotzdem so, dass vielleicht mein Ansatz ein bisschen ein anderer ist.

Das GAB möchte beliebt machen, diesen Anzug nicht zu überweisen. Als ich den Titel dieses Anzuges gelesen habe, erzeugte es bei mir als Ökologe zuerst einmal einen positiven Reflex. Ökologisch ressourcensparend, das tönt erst einmal nicht schlecht, aber bei genauerer Betrachtung erweist sich dieser Anzug eher als ein trojanisches Pferd. Wenn die Polizei heute Ansammlungen von Menschen aus der Luft beobachten möchte, dann müssten sie sich dies schon aus Kosten- und ökologischen Gründen gründlich überlegen. Ich habe jetzt neu gelernt, dass scheinbar Helikoptereinsätze sogar vielleicht teurer sind, wie Drohneneinsätze, aber trotzdem ist es doch so, dass heute dieses Überwachungsmittel schon einiges an Einsatz braucht, eben Abwägung braucht, bis man überhaupt einen Menschen plus ein so grosses Gerät in die Luft setzt.

Weiter argumentiert der Anzugssteller mit tieferen Lärmemissionen. Nun, gerade dieser Aspekt, wenn es so wäre, spricht auch eher für einen Helikoptereinsatz, da dieser dann für jeden hörbar und ersichtlich im Einsatz ist und das auch zu einer gewissen Transparenz des Einsatzes führt. Genau dies ist bei einem Drohneneinsatz nicht gegeben. Drohnen, so wie ich das verstanden haben, sind leise, Mann und Frau sehen sie nicht und wissen auch so nicht, dass sie möglicherweise beobachtet werden. Das verhindert in einer gewissen Weise auch die gesellschaftliche Kontrolle und Aufarbeitung eines erfolgten Einsatzes.

2023 hat die Schweiz die europäische Drohnenverordnung zur Gänze übernommen und es überrascht eigentlich, wie leicht Hinz und Kunz Drohnen mit Kameras in die Luft schicken können, solange sie sich nicht über 120 Meter aufsteigen und diese Leute über einen Drohnenführerschein verfügen und die Flugsicherheitszonen beachten. Auf einen Polizeieinsatz mit solchen Drohnen, übersetzt heisst dies für mich, dass die Hemmschwelle, Menschen zu überwachen, die meist nichts anderes tun als ihre Bürgerrechte wahrzunehmen, weiter herabgesetzt werden.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für einen polizeilichen Einsatz von Drohnen sind aufgrund der Drohnenverordnung nicht gegeben und reichen wohl nicht aus, um die Bürger von einem übermässigen Einsatz von Überwachungsdrohnen zu schützen, weil deren Einsatz sehr einfach und eben kostengünstig erscheint. Dass bei polizeilichen Einsätzen der Überwachungsdrohnen andere Massstäbe gelten sollten als bei zivilen, das hat der Bund auch schon bemerkt und im Mai 2023 eine Koordinationsgruppe eingesetzt. Einen Vorschlag dieser Gruppe steht bis dato meines Wissens noch aus und auch deshalb möchte ich empfehlen, dass das Parlament nun nicht schon im vornherein einen Freipass für einen Drohneneinsatz erteilt.

Alles in allem muss ich zum Schluss kommen, dass das Argument ökologisch, kostengünstig eher eine Mogelpackung ist, hinter der sich mehr intransparentere und schlechter kontrollierbare Überwachungseinsätze verstecken. Überwachung haben wir an öffentlichen Orten weiss Gott schon genug und ich bitte Sie daher im Namen des GAB, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Beda Baumgartner.

*Beda Baumgartner (SP):* Zu den technischen Ausführungen bezüglich Drohnen, Helikoptern und der tatsächlichen möglichen Einsatzbereitschaft von den verschiedenen Kategorien hat Lorenz Amiet sehr ausführlich Stellung genommen. Das kann ich



nicht und werde ich auch nicht, aber ich habe zumindest so viel Vertrauen in meinen WAK-Kommissionskollegen, dass ich es unterstützen würde, was er technisch gesagt hat.

Ich möchte den Anzug noch aus einer grundsätzlichen Perspektive anschauen und ich finde ein Satz ist recht entlarvend im Anzugstext und das ist: Es habe nichts mit der aktuellen Situation oder Strategie der Kantonspolizei zu tun, aber man wolle jetzt trotzdem Drohnen statt Helikoptern bei den Einsätzen. Aber das ist ein bisschen das Problem. Wir haben hier eine völlig willkürliche ausgewählte Einzelsituation für das ganze Aufgabenfeld, das die Kantonspolizei abdecken muss, nämlich die Überwachung von Grossanlässen und da wird jetzt entschieden, dass es eine Änderung braucht. Wenn überhaupt, und ich glaube, auch dann wäre ich an einem skeptischen Punkt bezüglich des Einsatzes von Drohnen zu diesem Zwecke, aber wenn überhaupt, müsste das ja in einer Strategie eingebettet sein, müsste es klar begründet sein, warum die Kantonspolizei jetzt auf Drohnen umstellen will und was der wirkliche zusätzliche Nutzen sein soll.

Und dann, Christian Moesch, müssten wir schon auch noch darüber reden, wie viel diese Überwachungen wirklich zielführend sind. Sie möchten dieser Diskussion ausweichen, aber sie ist einfach relevant. Für mich ist die Frage, wie viele Helikopterstunden tatsächlich benötigt werden, um Grossanlässe in Basel-Stadt zu überwachen. Das ist für mich eine relevante Frage. Und bevor ich da entscheide, dass ich einfach jetzt die Helikopter durch die Drohnen ersetzen will, lassen wir mal die technische Machbarkeit und auch die tatsächliche Belastung in der ökologischen Perspektive weg, ist überhaupt die Frage, braucht es so viel Überwachung in der Luft? Was ist da die Strategie?

Und darum bitte ich Sie wirklich, bevor wir jetzt hier dem Regierungsrat den Auftrag geben, zu prüfen und zu berichten, ob er nicht die Helikoptereinsätze so schnell wie möglich durch Drohneneinsätze ersetzen will, müssen wir diesen Anzug ablehnen und müssen uns, glaube ich, eher die Dimension und die Frage stellen, ist es sinnvoll und zielführend, dass wir in einem so grossen Mass Überwachungen haben bei Grosseinsätzen. Und wenn es taktisch sinnvoll ist und die Kantonspolizei dann zum Schluss kommt in ein paar Jahren, sie muss unbedingt Drohnen anschaffen, dann machen wir das mit dem normalen Weg, dass wir überlegen, gibt es für diese Anschaffung eine genügende Grundlage, diskutieren wir das konkret. Hier ist es aus meiner Sicht völlig willkürlich in den Raum gestellt und auch nicht zielführend.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, den Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugssteller Christian Moesch das Wort.

*Christian C. Moesch (FDP):* Vielen Dank für diese drei Voten. Einerseits dem Herr Oberlehrer Lorenz Amiet und auch den beiden anderen für die weitergehenden Erläuterungen.

Grundsätzlich, es handelt sich hier um einen Anzug, also prüfen und berichten, und es ist nicht eine Motion, wo wir verbindlich bereits fordern, dass die Kantonspolizei nun eine Drohne, in welcher Form auch immer, ob das eine fliegende Drohne ist oder ein Quadrocopter, ich kenne jetzt den Fachbegriff nicht, den Sie da für die erste Variante ausgewählt haben, es geht nicht darum, dass wir das bereits anschaffen wollen. Es geht darum, dass wir prüfen, ob wir die bereits bestehenden Helikoptereinsätze, die die Kantonspolizei machen muss, ich weiss nicht, wie viel das an der Anzahl sind pro Jahr, ob die gegebenenfalls durch ein anderes Gerät, das einerseits günstiger ist und andererseits leiser, zudem auch umweltfreundlicher, ob das gegebenenfalls ersetzt werden kann.

Das ist die einzige Intention dieses Vorstosses und ich glaube, da liegen wir nicht so wahnsinnig falsch. Ich kann mir vorstellen oder ich begreife natürlich auch, dass es gewisse Vorbehalte gibt von der linken Seite, die aber auch Vorbehalte haben gegenüber dem grundsätzlichen Einsatz von Luftüberwachung. Das kann ich nachvollziehen. Ob die Luftüberwachung dann von solchen Einsätzen mit einem Helikopter oder einer Drohne erfolgt, das ist wahrscheinlich dann egal, aber wir haben diese Lufteinsätze und diese Lufteinsätze sind offensichtlich notwendig, sonst würden sie nicht erfolgen.

Und jetzt können wir darüber entscheiden, ob diese Lufteinsätze weiterhin mit einem Helikopter erfolgen, der pro Flugstunde ab 2'000 Franken zuzüglich Personal kostet, wie ich das mal aus gewissen Quellen entnommen habe. Wenn Sie einen Super Puma von der Schweizer Armee wollen, Lorenz Amiet, vielleicht können Sie mich dann korrigieren, ich habe mal eine Zahl von 11'000 Franken pro Flugstunde gesehen, wahrscheinlich ohne Personal, dann sind wir wahrscheinlich mit einer Drohne massiv günstiger und wahrscheinlich verbraucht die Drohne auch weniger Energie als ein Super Puma oder ein Jet Ranger.

In diesem Sinne, wie gesagt, es ist keine Motion, wir wollen den Regierungsrat nicht beauftragen, jetzt eine Drohne anzuschaffen, sondern bloss abzuklären, ob ein Drohneneinsatz einen Helikoptereinsatz ersetzen könnte. Daher bitte ich Sie, diesen Anzug zu überweisen.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Beda Baumgartner. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Beda Baumgartner (SP):* Christian Moesch, kennen Sie den Anschaffungspreis einer Drohne und abgeschrieben auf die Flugstunden, wie viel günstiger die wird als die Flugstunde eines Helikopters?

*Christian C. Moesch (FDP):* Das ist eine spannende Frage natürlich, wie oft man so eine Drohne benutzen kann. Gegebenenfalls kann man sie auch ausleihen. Ich habe mal gesehen, die Anschaffungskosten für eine professionellere Drohne ist bei etwa 65'000 US-Dollar und ein Helikopter, ein Jet Ranger, der dürfte in den Millionen liegen. Also ich kann mir vorstellen, dass die Drohne günstiger ist.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit kommen wir zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**32 Ja, 55 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002645, 24.01.24 10:29:10]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug nicht zu überweisen. Der Anzug ist erledigt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 55 Nein-Stimmen bei 32 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

## **45. Anzug 8 Tobias Christ und Konsorten für eine verbesserte und sicherere Veloverbindung vom Neubad Richtung Innenstadt und Bahnhof SBB**

[24.01.24 10:29:19, 23.5578.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Roger Stalder.

*Roger Stalder (SVP):* Das ist so ein bisschen ein wiederkehrender Anzug. Er kommt jetzt jeden Monat, wird einfach durchgereicht bei den linken Parteien und jeder bringt ihn einmal. Velowege, wo jahrelang Strassen sicher gewesen sind, zusammen für alle, sind jetzt auf einmal nicht mehr sicher. Klar, es hat enge Situationen mit den Autos, auch mit den Parkplätzen auf der Seite, aber das hat es jahrelang gehabt und es ist immer gegangen. Und jetzt setzt man sich einfach in einer Mehrheit durch und will mit diesem Anzug wieder eindeutig diese Parkplätze wegnehmen und dort Velostreifen machen. Da können wir nicht mitmachen und darum bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich kann mich meinem Vorsprecher auch wiederum anschliessen. Ich möchte zwar noch bisschen einen anderen Aspekt in die Diskussion hineinbringen. Letztes Jahr haben wir an der Neubadstrasse die Parkplätze aufgehoben, ein paar Dutzend für die Velostreifen. Ich habe Dutzende Reaktionen aus dem Quartier erhalten. Ich glaube, man kann



sagen, pro Parkplatz habe ich mindestens eine gehässige Reaktion erhalten, man soll doch endlich etwas dagegen machen. Sie sehen, es nicht ganz einfach, nicht über diese Parkplätze zu sprechen.

Jetzt wollen Sie in der Arnold Böcklin-Strasse 40 Parkplätze aufheben für die Velostreifen. Die Regierung will in der Paulusgasse und in der Therwilerstrasse 20 Parkplätze aufheben, also weitere 60 in diesem Gefiert, wo es eigentlich keine Quartierparkings gibt und relativ wenig Ausweichmöglichkeiten. Ich frage mich, wie viel Sie noch abbauen wollen und dann ist die andere Frage irgendwo auch noch die, ob Ihnen eigentlich die Anwohner dort, die auf das Auto angewiesen sind, einfach egal sind.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Stefan Wittlin.

*Stefan Wittlin (SP):* Ich möchte einfach kurz Ihnen in Erinnerung rufen, was im Teilrichtplan Velo steht. Die im Anzug genannten Strecken, die beiden auf der Neubadstrasse und auf der Arnold Böcklin-Strasse, sind Teil einer Pendlerroute und eines der wichtigsten Netzelemente für die Ausgestaltung dieser Routen für den Veloverkehr sind eben Velostreifen. Das steht im Teilrichtplan Velo und daran haben wir uns auch zu halten. Dieser Anzug ist einfach eine kleine Erinnerung und vielleicht eine Hilfestellung an die Verwaltung, dass dort das Potenzial besteht. Dass wir es so umsetzen müssen, ist eigentlich behördenverbindlich bereits festgelegt.

Es steht weiter im Teilrichtplan, dass die Routen möglichst sicher auszugestalten sind und möglichst keine Gefahrenstellen aufzuweisen haben und solche potenziellen Gefahrenstellen sind eben sehr prominent die Längsparkierungen. Das können wir nicht wegdiskutieren und deshalb müssen wir das dort auch prüfen. Es sind zwei Strassenabschnitte, wo es sinnvolle Massnahmen umzusetzen gilt, und das wird mit diesem Anzug gefordert.

Ich bitte Sie deshalb, den Anzug zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugssteller Tobias Christ das Wort.

*Tobias Christ (GLP):* Ich danke sehr, dass ich das Wort noch bekomme und danke Ihnen, wenn Sie diesen Anzug überweisen. Ich denke, es ist sinnvoll, dass man auch hier die Veloverbindung verbessert. Es gibt natürlich auch viele andere Orte in der Stadt, wo man das machen muss, es ist also nur ein kleines Mosaikstück, aber auch das ist wichtig. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit kommen wir zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**54 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002647, 24.01.24 10:35:28]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 54 Ja-Stimmen bei 35 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.



## 46. Anzug 9 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Korrektur von Marktverzerrungen für Solarmodul-Produzentinnen bei der Solaroffensive

[24.01.24 10:35:36, 23.5587.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Als Einzelsprecher hat sich eingetragener Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Das Gewerbe und auch Hauseigentümerinnen und -Eigentümer beklagen sich zurzeit über zu viele Regulierungen im Bausektor. Das Bauen werde immer komplizierter. Der Regierungsrat möchte überprüfen, wo vereinfacht werden kann und insbesondere bei der Solaroffensive ist das Ziel, den Zubau von Solarzellen zu vereinfachen. Jetzt kommt hier ein Vorstoss, der mehr Regulierung will, der den Zubau von Solarmodulen verkomplizieren will für die privaten Bauherr\*innen, aber auch für den Staat und das Gewerbe. Die Wirkung, es wird komplizierter, da mehr reguliert wird, es schränkt die Wahlfreiheit der Hauseigentümerin und des Gewerbes ein, was für Solarzellen und Solarmodule sie verbauen können und dürfen, es schränkt auch den Kanton ein, wenn er baut. Man hat also nicht mehr die freie Wahl, sondern man hat staatliche Vorgaben, was dazu führen wird, dass in gewissen Fällen es auch teurer wird, die Solarmodule zu verbauen. Die Solaroffensive wird durch diesen Vorstoss teurer.

Das Ziel, das der Anzug verfolgt, ist Einfluss zu nehmen, wo Solarmodule produziert werden auf dieser Welt. China ist Weltmarktführer zurzeit. Sie haben das geschafft, da sie auch der grösste Absatzmarkt sind für Solarmodule. Da ist es auch stückweise noch systemlogisch, dass auch die Produktion dort ist. Natürlich haben sie auch mit protektionistischen Subventionsmassnahmen, Fördermassnahmen dazu ganz intensiv in diese Industrie investiert, um auch hier, auch bei der Elektromobilität Weltrangführerschaft zu erhalten. Die USA reagiert mit dem Inflation Reduction Act, unter anderem mit einem Importverbot beim Energieerzeugungsbereich. Die EU bis heute, ihre Massnahmen beschränken sich auf die Zubauseite, aber nicht auf der Liefer- und Produktionsseite. Auch die Schweiz, der Bundesrat hat jetzt gesagt, es werden keine Massnahmen ergriffen.

Man will also auf kantonaler Ebene auf den Weltmarkt Einfluss nehmen. Mit Verlaub, dazu ist Basel-Stadt schlicht zu klein. Diese Massnahme wird keine, aber auch gar keine Auswirkung haben, wo Solarmodule in Zukunft produziert werden, ob in Asien, Europa, der USA oder in der Schweiz. Dieser Protektionismus, der hier vorgeschlagen wird, bringt also nichts. Und Industriepolitik, das macht man normalerweise, wenn man es macht, für die eigenen Industrien, die es in Basel-Stadt gibt und Solarmodule werden zurzeit nicht in Basel-Stadt produziert und ich glaube auch nicht, dass aufgrund dieser Massnahme sich dies ändern wird.

Die Chancen für die Schweizer und europäischen Solarproduzenten und -Produzentinnen liegt darin, wenn wir grundsätzlich gut daran sind, ihn zu schaffen und vor allem wenn die Firmen es hinkommen, mit innovativen und hochwertigen Solarprodukten, zum Beispiel im Fassadenbereich wettbewerbsfähig zu sein, wie das gewisse Unternehmen auch erfolgreich beweisen.

Auch die Umsetzung dieses Anzugs wäre relativ schwierig. Sie haben beschlossen, dass im Bereich der kantonalen Subvention die interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen gelten soll. Handelspolitische Massnahmen sind dort nicht zulässig. Zudem ist der Bund für Handelspolitik zuständig und nicht die Kantone. Auch die Definition und Kontrolle, was ein europäisches oder schweizerisches Modul sei, ist sehr schwierig. Ab welchem Anteil Eigenwertschöpfung sprechen wir von einem europäischen oder schweizerischen Produkt und wer kontrolliert dies, die Baustellenkontrollen für den Herkunftsnachweis von Solarmodulen?

Ich komme zum Fazit und den Gründen, weshalb der Regierungsrat Ihnen empfiehlt, diesen Anzug nicht zu überweisen. Der Vorstoss möchte mehr Regulierung fürs Baugewerbe, dies wird die Solaroffensive verkomplizieren und verteuern. Die Massnahme wird keinerlei Wirkung haben auf den Standortentscheid von Solarproduzentinnen und -Produzenten. Zudem ist sie rechtlich maximal teilweise umsetzbar und auch der Vollzug ist äusserst komplex und schwierig.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Danke Regierungsrat Kaspar Sutter für die Ausführungen, die ich eigentlich grundsätzlich sehr gut nachvollziehen kann und vielleicht noch ergänzen möchte. Wenn Sie letzte Woche die Finanzen und Wirtschaft gelesen haben, wie ich das tue, dann haben Sie sicher auch gelesen, dass Meyer Burger letzte Woche verkünden musste, einen massiven Stellenabbau in Europa, eine Verlagerung des Geschäfts, es geht ihnen regelrecht das Geld hier aus und der Aktienkurs ist in den letzten Wochen, sagen wir mal, eher runtergegangen. Ich hoffe, das ist nicht börsenrelevant, wenn ich hier spreche, aber ich nehme es jetzt mal nicht an. Wir sind ja unwichtig auf unseren 37 km<sup>2</sup>, wie ich gerade gehört habe.



Das ist so etwas der Rahmen, der auch der Regierungsrat hier gezeichnet hat. Für europäische Solarproduzenten wird es immer schwieriger und in den USA hat man das erkannt, dort gibt es den Inflation Reduction Act, der schon genannt wurde. In Europa gibt es auch viele Pläne beziehungsweise den Green Deal, zum Beispiel der Green Deal Industrial und in der Schweiz auf Bundesebene, da ist die Industriepolitik noch etwas in den Kinderschuhen, da hat man noch nicht so viel gelernt. Nun, das ist der grosse Rahmen.

Der Anzug, der möchte eigentlich etwas ganz Einfaches. Es muss nicht am Wesen Basels die Welt genesen, das soll nicht passieren auf 37 km<sup>2</sup>. Sondern es gibt übergeordnete Rahmenbedingungen, die sich schon geändert haben auf globaler Ebene, auf europäischer Ebene und es wird sicher auch in der Schweiz in den nächsten Jahren passieren und die werden sich verstärken. Und hier haben wir die Erwartung an den Regierungsrat, dass er mit diesem Anzug, es ist ein Anzug, prüft und er hat zwei Jahre Zeit, er kann ihn dann auch noch mal stehen lassen, falls es dann vielleicht noch etwas zu früh ist, um zu prüfen, welche Bedeutung dies für Basel-Stadt hat und wie er darauf reagieren kann und wie er diese Entwicklung vielleicht auch unterstützen kann. Das ist ein ganz einfaches Anliegen, das auch der Regierungsrat hier prüfen kann, das er vielleicht sogar mit dem hiesigen Gewerbe, mit der hiesigen Wirtschaft anschauen kann und das niemandem weh tun wird und keine neue Regulierung jetzt einfach bringt in den nächsten zwei Jahren.

Ich bitte Sie also, diesen Anzug zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

*Tim Cuénod (SP):* Wir sind auf dem «Chrüzlistich» mit unserer skeptischen Haltung etwas alleine. Das überrascht uns in der Sache schon ein wenig, denn der Vorstoss will ja im Wesentlichen, dass der Kanton protektionistisch ökologische Industriepolitik betreibt, um die einheimische Solarproduktion zu fördern. Entweder durch ein höheres Preisschild oder auch indem man Private dazu ermuntert, durch entsprechende Massnahmen auf einheimische Produktion zu setzen. Insofern überrascht uns gerade auch, dass die freisinnigen, liberalen und grünliberalen Mitglieder dieses Hauses damit kein Problem haben.

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben kein grundsätzliches Problem mit ökologischer Industriepolitik. Wir denken, dass sie im globalen Massstab angesichts der protektionistischen Massnahmen anderer auch nötig sein kann, nur sollten wir sie nicht auf kantonaler Ebene betreiben, sondern, und das ist die Aufforderung an die bürgerlichen Mitglieder dieses Hauses, man sollte es zumindest auf nationaler Ebene versuchen und vielleicht auch in den Dimensionen eher europäisch. Denn die Wirkung, wenn wir im Kanton diesen Weg beschlagen auf die Förderung einheimischer Solarproduktion, die wäre marginal.

Das erhöhte Preisschild hingegen würde die Solaroffensive ausbremsen bei kantonalen Bauten, kantonale Finanzen spielen doch eine Rolle, und erst recht bei Privaten. Heute sind ja viele Private bereit, eine langfristige Investition zu machen, wenn Sie Photovoltaik fördern. Und wenn man jetzt sagt oder vor allem sagt, man soll auf einheimische Produktion setzen, ist das Preisschild natürlich erhöht und das wird den einen oder anderen davon abhalten. Insofern ist uns einheimische Stromproduktion zu fördern wichtiger als die Förderung einheimischer Photovoltaik-Modulproduktion. Und gerade weil wir denken, dass dieser Vorstoss in der Umsetzung auf die PV-Modulproduktion kaum eine Auswirkung hat, dafür ist das Volumen, was wir hier haben in Basel, schlicht zu klein, hingegen hätte es eine erhebliche Auswirkung auf die Basler Solaroffensive, die damit mehr ausgebremst würde als anderes.

In diesem Sinne bitten wir Sie, den vorliegenden Anzug abzulehnen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nun hat der Anzugssteller Jérôme Thiriet das Wort.

*Jérôme Thiriet (GAB):* Vielen herzlichen Dank für die angeregte Diskussion zwischen Grün und SP. Vielen Dank auch für die Einschätzung des Regierungsrates. Ich kann gewisse Argumente nachvollziehen.

Die Hauptüberlegung, warum ich diesen Anzug eingereicht habe, hängt tatsächlich mit der Solaroffensive zusammen, die wir hier vorhaben in diesem Kanton, aber auch in der Schweiz und in Europa. Diese massive Abhängigkeit von China auf der einen Seite, aber auch aus den USA, dort stellt sich ein bisschen die Frage, wo die Risiken sind. Was der Regierungsrat sagt, es kommt viel mehr Regulation mit diesem Anzug, das denke ich nicht, es ist ein Anzug, es ist keine Motion und es wird viel teurer, die Solaroffensive zu machen. Wir haben aber auch gesehen, was passiert, wenn man bei den Rohstoffen abhängig ist von Staaten, vor allem auch autoritär geführte Staaten, da kann es auch ziemlich schnell teurer werden, wenn diese Lieferketten unterbrochen sind und wir nicht mehr an die Rohstoffe kommen, die wir brauchen für unsere Solaroffensive.





Das heisst, ich sehe das nicht als ein sinnloses Anliegen. Es ist klar, auf kantonaler Ebene haben wir nicht einen wahnsinnigen Einfluss auf die Industriepolitik dieses Landes, aber es ist ein Anzug, man kann ihn einmal beantworten. Man kann ihn, wenn sie sich dann auf Bundesebene vielleicht auch noch durchringen können zu diesen Bemühungen, abgleichen und ich denke, es schadet sicher nicht, wenn wir jetzt den Anzug überweisen.

Ich habe tatsächlich auch Gespräche mit dem Direktor der IWB geführt. Er hat auch nicht grosse Probleme gesehen, wenn es als Anzug kommt und so schwach formuliert ist. Also wir müssen uns, glaube ich, keine Sorgen machen, dass wir uns hier grosse Steine in den Weg legen. Ich denke, es hilft eher mit einer Solaroffensive bei unserer CO<sub>2</sub>-Politik, bei unserer Klimaneutralitätspolitik, die wir vorhaben, und dass wir dort auf der sicheren Seite sind.

In diesem Sinne danke ich Ihnen vielmals für die Überweisung des Anzuges.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

### Ergebnis der Abstimmung

**42 Ja, 48 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002649, 24.01.24 10:49:18]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Der Anzug ist erledigt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 48 Nein-Stimmen bei 42 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen.

## 47. Anzug 10 Eric Weber betreffend Fahnen und Partei-Fahnen-Ständer sind nicht erlaubt im Wahlzentrum

[24.01.24 10:49:27, 23.5588.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsstelle Eric Weber das Wort.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich fasse mich ganz kurz, aber ich möchte meine Argumente gesagt haben. Die einen dürfen, die anderen dürfen nicht, es geht um uns Grossräte bei diesem Anzug, es ist eine Sache in eigener Sache. Ich kandidiere nicht mehr als Grossrat und die Sache könnte mir egal sein im Wahlzentrum, aber ich denke noch mit und ich muss als Grossrat ganz klar sagen, was da im Wahlzentrum abgeht, das geht nicht, das hat es früher nicht gegeben.

Am 20. Oktober 2024 haben Sie ihre Grossratswahl. Sie gehen dann ins Wahlzentrum und Sie werden dann sehen, dass gewisse Parteien, ich nenne keinen Namen, Stände aufbauen mit einer Höhe von drei Metern, Fahnen von drei auf drei Meter auf den Tisch legen, Fahnenstangen mitbringen und das aufbauen. In einem Wahlzentrum, das kantonal ist, das neutral sein muss und das regt mich auf.

Ich habe mich bei der Staatskanzlei Basel-Stadt beschwert, dass ich als Grossrat von Basel das nicht akzeptiere. In dieser Sache habe ich die Behörden auch angeschrieben per E-Mail, per Brief, weil mich das bei der Nationalratswahl 2023 geärgert hat. Ich habe mich schriftlich beschwert wegen diesen Fahnen, die aufgebaut werden, die Fahnenmasten und dass



das nicht erlaubt ist im Wahlzentrum. Die Antwort kommt von der Staatskanzlei und die war: Sehr geehrter Herr Grossrat, wir haben das bekommen, aber ich hätte das Namensschild von den Grünen weggenommen. Das war die Antwort.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN keine Überweisung

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**1 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002651, 24.01.24 10:53:25]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

keine Überweisung. Der Anzug ist erledigt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug abgelehnt mit 58 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung.

### **48. Anzug 11 Eric Weber betreffend FC Basel Meister Tram bei der BVB**

[24.01.24 10:53:48, 23.5589.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Anzugssteller Eric Weber hat das Wort.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bin stolz, dass ich das noch sagen kann. Dieses Thema ist wichtig und das Thema beweist auch, dass es wichtig ist, weil dieser Film hat eine Million Klicks gemacht, als ich diesen gebracht habe, genau was ich da geschrieben habe. Ich lese es nicht vor, aber wenn man durch die Stadt geht mit aufmerksamen Augen, sieht man vieles und das mache ich halt gerne.

Ich muss wirklich sagen, man nimmt uns nicht mehr ernst. Man nimmt uns wirklich nicht mehr ernst, wenn da ein Tram durch die Stadt fährt, wo draufsteht; Meister Tram. Wir werden zum Gespött und darum habe ich diesen Anzug gemacht. Man bekommt nicht einmal mehr als Grossrat die BVB-Zeitschrift zugeschickt. Das ist so traurig, aber dann mit dem Meister Tram herumfahren, die BVB merkt nichts.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung..

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**1 Ja, 51 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002656, 24.01.24 10:55:45]



**Der Grosse Rat beschliesst**

keine Überweisung.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 51 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und einer Enthaltung.

**49. Anzug 12 Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein Rathaushof mit Aufenthaltsqualität**

[24.01.24 10:55:52, 23.5592.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

**50. Anzug 13 Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wahlmaterial-Kakophonie**

[24.01.24 10:56:14, 23.5602.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugssteller Oliver Thommen das Wort.

*Oliver Thommen (GAB):* Danke, dass Sie diesen Anzug überweisen möchten. Ich möchte eigentlich nur noch mich entschuldigen bei all jenen, die Wahlkämpfe machen, wie Joël Thüring seit Jahren oder anderen, dass ich das als Kakophonie bezeichnet habe. Selbstverständlich sind Ihre Wahlversende alles eine Symphonie eines Wahlkampfes und keine Kakophonie und ich danke, dass Sie das überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**55 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002659, 24.01.24 10:57:44]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 55 Ja-Stimmen bei 27 Gegenstimmen und einer Enthaltung.



## 51. Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Vorsorgebeitrag für berufstätige Grossratsmitglieder, Bericht des Ratsbüros

[24.01.24 10:57:52, 22.5335.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Das Ratsbüro beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Für das Ratsbüro hat das Wort David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Von Zeit zu Zeit müssen wir uns mit uns selbst beschäftigen. Sie haben am 20. Oktober 2022 den Anzug Olivier Battaglia überwiesen. Dieser fordert, dass die finanziellen Nachteile, die ein berufstätiges Ratsmitglied aufgrund der durch das Mandat verursachten Reduktion seiner beruflichen Tätigkeit bei der beruflichen Vorsorge hat, kompensiert wird. Das Ratsbüro hat sich mit Unterstützung des Parlamentsdienstes ausführlich mit diesem Anliegen auseinandergesetzt. Es kommt überwiegend zum Antrag, den Anzug abzuschreiben und damit auf Einführung eines solchen Kompensationsmechanismus zu verzichten. Ich will Ihnen die Überlegungen darlegen.

Theoretisch wäre die Einrichtung eines Vorsorgeplanes für Mitglieder des Grossen Rates bei der Pensionskasse Basel-Stadt möglich. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, käme ein durchschnittlich aktives Ratsmitglied nach 16 Jahren auf ein Vorsorgekapital von etwa 41'000 Franken. Der Anzug fordert, dass in den Genuss einer beruflichen Vorsorge nur dieses Ratsmitglied kommt, das aufgrund der durch das Mandat verursachten Reduktion seiner beruflichen Tätigkeit bei seiner beruflichen Vorsorge Einbussen erleidet. Für das Ratsbüro steht fest, dass die Abklärung, bei wem eine allfällige Verkürzung des Arbeitspensums aufgrund der parlamentarischen Tätigkeit erfolgte, schwierig sein wird.

Ich darf an dieser Stelle auch auf einen Bericht des Ratsbüros vom 17. Oktober 2007 zurückblenden. Mit diesem Bericht beantragte das Ratsbüro, den früheren § 11 der GO aufzuheben. Dieser lautete wie folgt: «Mitglieder, denen aus Zugehörigkeit zum Grossen Rat nachweisbar regelmässige Erwerbseinbussen erwachsen oder denen dadurch ausserordentliche Kosten entstehen, dass sie in ihrer Familie unbezahlte Betreuungsaufgaben nicht wahrnehmen können, haben Anspruch auf vollen oder teilweisen Ersatz der Ausfälle oder der Kosten, sofern ihnen deren Übernahme nicht zugemutet werden kann. Das Ratsbüro entscheidet endgültig über entsprechende Anträge». Damals stellte das Ratsbüro bei seinem Antrag auf Aufhebung dieser Bestimmung grundsätzliche Überlegungen an.

Die Entschädigung für die Ausübung eines Parlamentsmandates kann sich nicht am Erwerbslohn, der für eine Tätigkeit in der Wirtschaft ausgerichtet wird, messen lassen. Es handelt sich eher um eine Spesen- und Inkonvenienzentschädigung. Unbestritten ist, dass die Entschädigung für alle Mitglieder eines Parlamentes, unabhängig von deren wirtschaftlichen Möglichkeiten, gleich gross sein sollte. Es darf demnach weder eine Angleichung an die Einkommensverhältnisse von Besserverdienenden noch eine Sozialkomponente für wirtschaftlich schwächere Mitglieder geben.

Gestützt darauf beantragte das Ratsbüro erfolgreich einen Grundbeitrag zur Pauschalvergütung sämtlicher Nebenauslagen einzuführen und die Bestimmungen über Erwerbsersatz und Kinderbetreuung ersatzlos aufzuheben. Das Ratsbüro hat damals auch noch folgendes ausgeführt: «Mit der Einführung eines Grundbeitrags zur Deckung der Nebenkosten eines Parlamentsmandats wird die Abgeltung, der Erwerbsersatz und Kinderbetreuungskosten hinfällig. Das Ratsbüro hat vor zwei Jahren, also 2005, aufgrund eines ihm überwiesenen Anzugs die Kriterien zur Abgeltung von Kinderbetreuungskosten verfeinert. Der Grosse Rat war mit der neuen Regelung einverstanden und hat den entsprechenden Anzug abgeschrieben. In der Umsetzung erwies sich die neue Regelung aber als problematisch und für Alleinstehende ungerecht, so dass das Ratsbüro in konkreten Fällen die frühere Regelung wieder aktivieren musste.

Weil Gerechtigkeit aber eine Frage des Standpunktes ist (und immer bleiben wird) und es eine absolute und objektive Gerechtigkeit nicht gibt, wird auch die Ablösung der Erwerbsersatz- und Kinderbetreuungsregelung durch eine pauschale Abgeltung je nach Standpunkt als ungerecht empfunden werden. Sie entbindet aber das Ratsbüro von Ermessensentscheiden und bringt eine für alle Beteiligten transparente Lösung.»

Wenn Sie heute den Anzug Olivier Battaglia stehen lassen, was aufgrund des »Chrüzlistichs« zu prophezeien ist, entscheiden Sie sich, einen Bruch mit dem System unserer Entschädigung vorzunehmen, das aufgrund des zitierten Berichts des Ratsbüros aus dem Jahre 2007 eingeführt wurde. Sie öffnen dann auch Tür und Tor für weitere Begehrlichkeiten. Um gesamthafte Entschädigung für unsere Tätigkeit angemessen auszugestalten, müsste dann gegebenenfalls wiederum auch eine Kürzung der Grundentschädigungen zur Diskussion stehen.

Ich glaube, man kann nicht den Batzen und das Weggli haben und in diesem Sinne beantragt Ihnen die Mehrheit des Ratsbüros, diesen Anzug abzuschreiben und beim bewährten System zu bleiben. Sie wissen es ja auch, das Ratsbüro muss noch diese Legislatur die Entschädigungen überprüfen und dann entsprechende Anträge stellen. Ich danke Ihnen dafür, falls Sie sich doch noch von den Argumenten der Mehrheit des Ratsbüros überzeugen lassen.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für das GAB ist Anina Ineichen.

*Anina Ineichen (GAB):* Das Grossratsmandat kommt je nach Kommission einer Stelle von ungefähr zehn bis 30 Prozent gleich. Nicht wenige von uns Grossratsmitgliedern haben entsprechend bei ihrer Arbeitsstelle um ein paar Stellenprozente reduziert. Demgegenüber steht aber ein Pensionskassensystem, welches eindeutig für Vollzeitarbeitende ausgerichtet ist. Ab 80 Prozent erhält man eine volle oder eine gute Rente, alles darunter bedeutet Verzicht. Demnach haben viele von uns, weil sie ein Grossratsmandat haben, einen Verzicht und eine schlechtere Rentenleistung und daraus resultierend ein erhöhtes Risiko für Altersarmut.

Hierbei liegt die Lösung sehr nahe. Die Arbeit, welche wir hier leisten, ob sie nun als Lohn entschädigt wird oder nicht, sollte sich auf die Rente auswirken. Eine Lösung in der 2. Säule liegt nahe, weil sie einfach ist in der Umsetzung zumindest, wie wir dies in Zürich sehen, wie das die Bundesparlamentarier haben und auch wie es die Pensionskasse bestätigt hat aus Basel und die Pensionskasse meines Vertrauens, welche ich angefragt habe, hat mir auch gesagt, dass es wohl möglich ist, eine gerechte Lösung zu finden.

Zum Vorschlag des Büros, einfach die Mandatsabgabe zu erhöhen. Es scheint mir, da hat das Büro den Kern des Anliegens eben doch nicht verstanden. Es geht gerade nicht darum, im Moment mehr Geld zu haben, sondern es geht darum, trotz politischem Mandat eine gute 2. Säule, eine gute Absicherung im Alter zu haben, denn die 2. Säule ist immer noch ein guter Garant im Schutz vor Altersarmut. Hier gilt für einmal, lieber die vorläufige Taube auf dem Dach als den Spatz in der Hand.

Aufgrund der Ausführungen bittet Sie das GAB, den Anzug stehen zu lassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, dem Antrag des Ratsbüros zu folgen und diesen Anzug heute abzuschreiben. Wir waren schon bei der Erstüberweisung gegen diesen Anzug und auch jetzt die Erläuterungen im Bericht des Ratsbüros bestätigen uns in dieser Haltung. Es ist eben nicht so ganz einfach, wie es nun auch versucht wurde darzustellen. Wir haben ja diese Untersuchung im Ratsbüro auch durchgeführt. Die Forderung von Olivier Battaglia, den ich ansonsten sehr schätze, lautet im Vorstoss: «aufgrund der durch das Mandat verursachten Reduktion seiner beruflichen Tätigkeit bei der beruflichen Vorsorge hat, bitten wir das Grossratsbüro eine Lösung vorzuschlagen.»

Jetzt ist aber einfach nicht klar, wer denn tatsächlich aufgrund dieses Mandats eine Reduktion seiner beruflichen Tätigkeit eingehen muss. Die Staatsangestellten sind es schon einmal nicht, die bekommen für diese Tätigkeit hier in diesem hohen Hause die Arbeitszeit gestellt. Das gilt sowohl für die Mitarbeitende des Kantons wie auch für Bundesangestellte. Dann gibt es viele Interessensvertreterinnen und -Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden, etc., die allenfalls auch aus anderen Gründen natürlich vom Arbeitgeber her ein Interesse daran haben, dass sie hier in diesem Saal sitzen können. Auch die haben wahrscheinlich mutmasslich keine Einschränkung, weil sie ja für diese Zeit, in der sie hier drinsitzen, auch etwas für ihren Arbeitgeber tun. Da gibt es Einzellösungen mutmasslich. Und dann gibt es auch die Pensionierten, die sind ja in diesem hohen Hause auch nicht unterdurchschnittlich repräsentiert, die sind auch nicht von diesem Problem betroffen. Dann sind es am Schluss nur noch ganz wenige.

Und dann, glaube ich, ist es halt schon auch ein bisschen so, dass man ein Parlamentsmandat eben nicht verwechseln darf mit einer Anstellung. Wir sind nicht Angestellte dieses Hauses, wir sind Mandatsträger, wir sind gewählt für vier Jahre, aber es ist kein Beruf, Grossrat oder Grossrätin zu sein, das ist ein Nebenamt. Und hier auf dieses Nebenamt dann einen Vorsorgebeitrag einbezahlt zu bekommen, das dünkt uns doch recht abwegig. Anina Ineichen hat nun von einer drohenden Altersarmut gesprochen. Ich würde jetzt sagen, ein Grossrat, der keine Vorsorgebeiträge bekommt, wird nicht deshalb von der Altersarmut betroffen sein. Der kann aber, wie jeder andere Bürger, jede andere Bürgerin auch, selbstverständlich von Altersarmut betroffen sein, aber sicher nicht wegen seiner Tätigkeit im Grossen Rat und der damit verbundenen mutmasslichen Einschränkung, was die Einzahlungen in die Vorsorge angeht.

Und der Sprecher des Ratsbüros hat es ja erwähnt, einerseits gibt es die Möglichkeit, dass das Ratsbüro prüft, die Entschädigungen zu erhöhen im Rahmen der pro Legislatur notwendigen Überprüfung dieser entsprechenden Entschädigungen, und dann steht es ja jedem Ratsmitglied frei, selber eine Vorsorgelösung zu finden. Ich bin selbstständig tätig, ich würde wahrscheinlich sogar davon profitieren. Ich bin in meiner Firma angestellt, das heisst, ich bezahle die Beiträge. Ich habe aufgrund dieser Einschränkungen, dass ich an gewissen Tagen kein Geld verdienen kann, mit meiner Pensionskasse eine Lösung gefunden, dass ich einerseits auch da noch etwas mehr entsprechend dann bezahlen kann über das, was notwendig ist, und ich habe beispielsweise auch beim Krankentaggeld entsprechende Lösungen gefunden. Das sind individuelle Bedürfnisse, die ich persönlich abdecken kann und auch abdecken möchte und hier, glaube ich, hat jedes



Mitglied des Rates auch die Möglichkeit über das, was gesetzlich sowieso vorgeschrieben ist und in einem Angestelltenverhältnis ist, auch noch Lösungen zu finden.

Deshalb, glaube ich, ist es richtig, wenn wir heute diesen Vorstoss abschreiben und ich glaube, es ist auch als Signal gegen aussen wirklich schwierig vermittelbar. Wir werden ja in der Öffentlichkeit nicht nur positiv wahrgenommen und wenn wir jetzt noch nach Sitzungsgeldern, teuren Festivitäten im Dezember, uns auch noch Vorsorgebeiträge genehmigen in Zeiten von Inflation, in Zeiten von knapperen Portemonnaies bei einfachen Bürgerinnen und Bürgern, dann ist das für mich auch ein bisschen ein falsches Signal, das ausgesendet wird.

Und deshalb bitte ich Sie wirklich, diesen Vorstoss heute abzuschreiben, auch im Wissen, dass diese Entschädigungen noch einmal angeschaut werden vom Ratsbüro. Dort wird dann auch allenfalls selbstverständlich die Situation, die Teuerung eine Rolle spielen, das macht Sinn, aber jetzt hier ein zusätzliches Gefäss mit ganz komplizierten Vorsorgebeitragslösungen zu finden, das scheint uns doch etwas weit hergeholt zu sein. Das wird auch nicht ganz einfach sein, das hat ja auch die Pensionskasse in ihrer Stellungnahme bereits gesagt. Dann steht dahinter auch ein gewisser administrativer Aufwand, der entstehen wird, sowohl für den Parlamentsdienst, aber auch dann für die Pensionskasse. Ich glaube, das ist nicht sinnvoll.

Deshalb appelliere ich insbesondere auch an meine sehr verehrten Freunde der Liberal-Demokratischen Fraktion, bleiben Sie ihrem liberalen Kompass verbunden und lehnen Sie diesen Anzug nun ab, schreiben Sie ihn mit uns gemeinsam ab.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Eine von Anina Ineichen, die andere von Eric Weber. Werden beide angenommen? Ja. Anina Ineichen zuerst bitte.

*Anina Ineichen (GAB):* Joël Thüring, Ihnen ist bewusst, dass längst nicht alle Arbeitgeber Freude daran haben, wenn man ein Grossratsmandat verfolgt und dass die personalrechtlich geregelten Tage, die man für ein öffentliches Mandat verwenden darf, sehr eingeschränkt sind?

*Joël Thüring (SVP):* Ja, das ist mir selbstverständlich bewusst. Deshalb appelliere ich, dass die Arbeitgeber eine gewisse Akzeptanz finden für das Engagement eines Grossrates für die Gesellschaft, für die Gemeinschaft, aber das ist ein anderes Thema wie dasjenige der Vorsorgebeiträge. Das ist ein grundsätzliches gesellschaftliches, das ich mit Ihnen teile.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Eric Weber bitte.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Joël Thüring, ich schätze Sie sehr als Grossrat, aber ein kleiner Fehler ist passiert in der Rede. Sie haben gesagt, Grossrat ist kein Beruf, aber als ich abgewählt worden bin, bin ich zum RAV und habe Geld bekommen, weil Grossrat ein Beruf ist. Also das RAV in Basel hat mir das gleiche Geld weitergezahlt. Das ist meine Frage von Grossrat zu Grossrat. Sie haben gesagt, es ist kein Beruf, aber es ist ein Beruf, weil wir ja Geld vom RAV bekommen, wenn wir abgewählt sind als Grossrat.

*Joël Thüring (SVP):* Ich interpretiere Ihre Frage jetzt so, ist es ein Beruf. Nein, Grossrat zu sein ist kein Beruf. Sie können auch keine Lehre als Grossrat absolvieren. Vielleicht würde das dem einen oder anderen helfen, aber es ist kein Beruf.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich möchte, dass man den Anzug stehen lässt, auch wenn es mich nicht mehr betrifft. In einem Jahr bin ich nicht mehr hier. Ich blühe jetzt richtig auf, weil ich eine andere Sache mache, aber ich bin mitdenkend und für die anderen Grossräte, die es betrifft, bin ich dafür, dass man den Anzug stehen lässt. Ich habe sehr viel gelesen in den Zeitungen über die Diskussion von heute über das Geschäft, das wir jetzt hier haben. Ich habe die Artikel ausgeschnitten, archiviert, weil es mich interessiert. In der Zeitung ist eine andere Variante gestanden und das wurde nicht angesprochen. Man könnte ja das Sitzungsgeld erhöhen, das wäre eine andere Variante, wenn man jetzt nicht die Pensionskasse erhöhen will. Das wäre eigentlich auch meine Tendenz.

Wir sind weltweit die einzige Berufsgruppe, die sich den Lohn selbst erhöhen kann. Wir haben das Recht, und da bin ich stolz darauf als Grossrat, dass wir uns den Lohn selber erhöhen können. Es sitzt auch kaum jemand auf der Tribüne, nutzen wir die Gunst der Stunde, wir sind jetzt unter uns in geschlossener Gesellschaft. Es ist niemand auf der Tribüne, der uns das



vorwerfen kann. Darum mein Antrag, pro Halbttag von 200 Franken auf 300 Franken und die Pauschale von 500 auf 1'000. Den Anzug bitte stehen lassen.

David Jenny hat gesagt, bei diesem Anzug würden wir Tür und Tor für andere Begehlichkeiten öffnen. Als Grossrat möchte ich dieser Aussage widersprechen. Auch wir als Grossräte haben ein Recht und Sie wissen ganz genau, dass es nicht einfach ist, im Parlament zu politisieren, weil die Bevölkerung teilweise eine andere Sache nicht akzeptiert. Und darum haben wir ein Anrecht auf einen grossen Lohn, weil wir für unseren Job, den wir hier machen, auch angefeindet werden. Und weil wir angefeindet werden und in der Berufsskala der Berufe ganz unten stehen, ist ein Parlamentarier bei der Bevölkerung schlecht angesehen. Die Frauen und Männer lieben Leute, Ärzte, Juristen, Piloten, aber nicht Politiker und auch nicht Journalisten.

David Jenny hat gesagt, wir können nicht den Batzen und das Weggli haben, aber ich möchte als Grossrat den Batzen und das Weggli, weil gewisse Parteien von links und rechts in der Öffentlichkeit Schwierigkeiten haben und diese Schwierigkeiten müssen ausgeglichen werden durch ein gutes Geld im Parlament. Ich habe hier vorne schon öfters gesagt, wir sind das einzige Parlament weltweit mit dem grössten Unterschied des Lohns. Ein Regierungsrat hat 400'000 Franken pro Jahr und ein Parlamentarier mit den Sitzungen kommt auf 14'000. Stellen Sie sich das einmal vor. Ein Regierungsrat, ein Minister 400'000 Netto pro Jahr und wir haben Netto 14'000. Kein Parlament weltweit hat so ein Gefälle zwischen Regierung und Parlament und da muss man sagen, das tut weh. Nehmen Sie den Deutschen Bundestag mit Frau Merkel. Frau Merkel hat 350'000 und der Bundestagsabgeordneter oder so, das ist das gleiche System und es tut weh, dass wir so wenig Geld haben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von André Auderset. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*André Auderset (LDP):* Eric Weber, Sie haben das teilweise mangelhafte Renommee der Grossräte in der Öffentlichkeit erwähnt. Könnten Sie sich vorstellen, dafür hauptursächlich zu sein?

*Eric Weber (Fraktionslos):* André Auderset, ich gebe Ihnen recht, Sie sind ein sehr berühmter Grossrat. Ich habe auch Fehler gemacht, aber ich habe ja gesagt, ich höre auf und ich mache etwas ganz anderes, das viel besser ist. Aber ich entschuldige mich, das ist halt passiert durch die Medien, durch meine Familie. Ich danke Ihnen für die Frage, aber ich halte mich jetzt zurück, ich habe auch ein schlechtes Renommee, trotzdem bin ich ein Star.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

*Tim Cuénod (SP):* Wir würden seitens der Sozialdemokratischen Fraktion gerne am vorliegenden Anzug festhalten. Aus unserer Sicht gibt es eine soziale Realität. Das ist, dass die Grossrätstätigkeit weder ein reines Ehrenamt ist noch irgendwie eine vollberufliche Tätigkeit, sie ist eine nebenberufliche Tätigkeit vom Aufwand her. Das ist zum Teil, wer jetzt in keiner Kommission ist, ein Aufwand vielleicht von 15 Prozent, wer viel Kommissionsarbeit hat, dann ist es doch einiges mehr, was mit einem Zeitaufwand auf jeden Fall verbunden ist. Mich würde die Umsetzung dieses Vorstosses wohl auch, wenn dann überhaupt, kaum noch betreffen, es ist bereits meine zweitletzte Legislatur, die nächste ist bereits die letzte.

Es geht uns eher darum, dass wir wirklich die Problematik sehen, dass viele Leute, die lange eine Grossrätstätigkeit haben, zum Teil erhebliche Versicherungslücken aufweisen, gerade wenn sie das Grossratsamt ernst nehmen, gerade wenn sie in dem Sinn einiges an Zeit investieren und die beruflichen Pensen entsprechend reduziert haben.

Wir sind der Meinung, dass die soziale Akzeptanz auch einer PK-Lösung höher wäre als jetzt einfach eine Gehaltserhöhung. Ich bin häufig auf die Reaktion gestossen: Was, ihr habt nicht mal eine PK-Lösung für den Aufwand, den ihr da leistet? Ich glaube, das ist etwas, was sich grosse Teil der Bevölkerung auch nicht bewusst sind und wo viele Leute auch schnell einsehen, dass das problematisch sein kann angesichts des Zeitaufwands, der mit diesem Amt verbunden ist.

Aus diesem Grund sind wir der Auffassung, dass man am Anzug festhalten sollte, und zwar in der Tendenz auch in einer Art und Weise, wo der Koordinationsabzug nicht zum Tragen kommt, sondern dass der volle Lohn mitberücksichtigt wird aus der Tatsache heraus, dass viele, also eigentlich so gut wie alle nebenbei einer anderen Tätigkeit nachgehen, dass es eine Zweiklassengesellschaft innerhalb der Grossrätinnen und Grossräte gäbe, wenn der Koordinationsabzug zum Tragen käme. Aus diesem Grund dünkt uns das noch eine wichtige Ergänzung in der Art und Weise, wie man über die Umsetzung nachdenkt.



In diesem Sinne bitten wir Sie, am vorliegenden Anzug festzuhalten. Er scheint uns gerechtfertigt zu sein und wohl auch akzeptiert als einfach eine generelle Lohnerhöhung, auch wenn dieser nach 12 Jahren, wenn man das jetzt nicht erhöht, schon einmal diskussionswürdig erscheint. Aber es scheint uns gerechtfertigt zu sein, über eine PK-Lösung nachzudenken.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Olivier Battaglia.

*Olivier Battaglia (LDP):* Mich erstaunt es ein wenig, dass hier eigentlich Äpfel und Birnen zusammen gemischt werden. Wir haben heute in den ganzen Diskussionen noch nie einmal erfahren, was ist die Pensionskasse, was hat sich da geändert. Ich möchte vielleicht mal darauf hinweisen, wir hatten früher ein Leistungsprimat. Beim Start hat das ab und zu mal zu kleinen Orgien geführt, dass man unmittelbar vor der Pension noch schnell befördert worden ist, weil das Endgehalt Basis war für die Pensionierung. Das hat sich geändert, wir sind jetzt in einem Beitragsprimat. Das heisst, jeder Franken, den ich da reinwerfe, der kommt mir zugute in meiner Pensionskasse. Wir haben jetzt auch die ganzen Themen bei der AHV, die quasi eine Säule der Vorsorge ist, die Pensionskasse die zweite und die Freiwillige die dritte.

Es geht mir eigentlich darum. Wenn man jetzt das Entgeltungssystem anschaut, das wir hier haben, wir haben neben dem Entgelt, das wir bekommen, auch noch Fraktionsabgaben in unterschiedlicher Höhe, die da von diesem Geld abgehen. Wenn man schlussendlich schaut, ich sage mal, ich wurde immer angesprochen, wir sind ja liberal, lasst jeden entscheiden, ja okay, gut, wie? Habt ihr da einen Vorschlag? Ich habe mit der Pensionskasse ebenfalls gesprochen. Ich habe auch damals als Gemeinderat in Bettingen, ich war in der baselstädtischen Pensionskasse angemeldet, nach meinen acht Jahren im Gemeinderat 30'000 Franken in meiner Pensionskasse oder eine Freizügigkeit erhalten. Das hat damit zu tun, wie wir unser Entgelt bekommen. Wir bekommen eine Grundentschädigung, wir bekommen diese Stunden und wir haben entsprechend Steuervorteile, etc. Der Teil hat nichts zu tun mit der Pensionskasse und dementsprechend ist für mich eigentlich das Anliegen gewesen, dass man diese Beiträge, seien sie noch so gering, wenn nur 20'000, 30'000, 40'000 in einer Laufzeit von 16 Jahren sich akkumulieren, ist das ein Beitrag für meinen dritten Lebensabschnitt.

Dementsprechend war ich ein wenig enttäuscht, dass man hier wirklich nur diese Entschädigungen in Betracht gezogen hat und keine anderen Varianten angeschaut hat. Man könnte sich auch vorstellen, dass man am Ende einer Amtszeit ausrechnet, was wären die Pensionskassenbeiträge gewesen, die man dann entsprechend auf ein Freizügigkeitskonto oder der jeweiligen Pensionskasse zuordnet. Das wären von mir aus Sachen gewesen, die uns auch helfen, im Endeffekt einen Beitrag an die Pensionskasse und den dritten Lebensabschnitt sicherzustellen. Von mir aus, ich werde jetzt dieses Jahr 59, ich habe meine Schäfchen im Trockenen, vielmehr kommt da nicht dazu.

Aus meiner Optik heraus, einen Beitrag, klar, man schaut nicht weg, wenn man ihn bekommt, aber im Endeffekt, wenn wir jüngere Politiker einen Anreiz geben möchten, dass sie auch hierherkommen und aktiv am Geschehen teilnehmen, dann finde ich es wichtig, dass man auch solche Hindernisse wie in der Pensionskasse - ich musste von Amtes wegen, wegen Good Governance eine Stelle suchen, als ich das Grossratsmandat bekommen habe. Beim Wechsel hiess es, ich habe mich für verschiedene Stellen beworben, Qualifikation in Ordnung, oh, Grossrat, nein, politisch, Abwesenheit, nein, tut mir leid, suchen Sie sich jemand anders. Am Ende, als ich dann meine Stelle hatte, hiess es, ja, Sie dürfen es machen in ihrer eigenen Zeit, 20 Prozent Reduktion.

Am Ende haben wir so viele negative Anreize, dass ich einfach der Meinung bin, dass dieses Verfahren, das David Jenny angesprochen hat, mit einer Entschädigung für, was auch alles da drin ist plus dann diese Stunden, also diese Halbtagssätze, dass man das vielleicht mal hinterfragen würde und dass man dort sich mal überlegt, auch wenn man jetzt sagt, okay, seid selbstständig, was für eine Lösung haben wir zu bieten. Muss dann jeder noch wie viel Zeit aufwenden, um eine entsprechende Vorsorgeeinrichtung zu finden, gäbe es da die Möglichkeit, dass die PK Basel-Stadt sagt, wir haben hier eine Möglichkeit, eine Lösung. Das wurde mir auch in Aussicht gestellt, dass das auch möglich ist und dementsprechend wäre ich froh, Sie würden den Anzug stehen lassen und schauen, was dann in der zweiten Runde noch passiert.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Eine von Joël Thüring, die andere von Erich Bucher. Nehmen Sie beide an? Beide werden angenommen. Zuerst Joël Thüring bitte.

*Joël Thüring (SVP):* Olivier Battaglia, Sie haben jetzt ihre Tätigkeit als Gemeinderat in Bettingen erwähnt. Sie gehen aber mit mir überein, dass ein Exekutivamt nicht mit einem Legislativ-Mandat zu vergleichen ist und wir hier jetzt eine Lösung für die Legislative, also für Legislativ-Parlamentarier einführen wollen? Gehen Sie mit mir überein, dass man das nicht miteinander vergleichen kann?





*Olivier Battaglia (LDP):* Die Ämter kann man nicht vergleichen, aber das Ergebnis von einem Pensionskassenbeitrag definitiv.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Erich Bucher bitte.

*Erich Bucher (FDP):* Können Sie mir erklären, wie ich dann von dieser Lösung profitieren kann? Bekomme ich dann die Beträge direkt ausbezahlt?

*Olivier Battaglia (LDP):* Ich habe auch gesagt, bei mir ist es so, dass ich eigentlich keine Pensionskassenbeiträge mehr bekommen würde oder das, was ich noch in den letzten sieben Jahren zusammen anhäufen kann. Klar, jetzt in dem Fall könnte man sagen, es wäre ein freiwilliger Beitrag an eine Pensionskasse, die man dort einzahlen könnte.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat in der zweiten Runde David Jenny für das Ratsbüro das Wort.

*David Jenny (FDP):* Vielleicht noch einige kleine Bemerkungen. Bis jetzt war das Prinzip seit 2007, dass unsere «Arbeit», die wir hier und in den Kommissionen leisten, jede finanziell genau das gleiche wert ist und von diesem Grundsatz rückt dieser Anzug wieder ab und nur für einen relativ kleinen Anteil unserer Population auch demografisch bedingt. Das bitte ich Sie zu berücksichtigen. Und ich glaube, das Signal kann durchaus kontraproduktiv sein. Sie werden, oder eher unsere Nachfolgerinnen und Nachfolger, in dieses Amt gewählt und dann sagt ein Arbeitgeber, ich gratuliere dir, aber bitte reduziere jetzt deine Stelle, ich subventioniere das nicht, ihr habt ja eine Entschädigung in Form eines PK-Zustufes. Ich glaube nicht, dass das das richtige Signal ist an unsere Wirtschaft.

Dann das zukünftige Ratsbüro. Ich werde dem nicht mehr angehören und ich werde auch nicht wegen meinem Alter von solchen Lösungen profitieren. Entweder sagt es, wir akzeptieren einfach immer, wenn jemand sagt, er musste wegen dem Parlamentsamt reduzieren oder es fragt nach, wenn irgendein 57-Jähriger, vielleicht hat er immer gedacht, ich reduziere mein Pensum mit 57 auf 80 Prozent und vielleicht lerne ich dann chinesisches oder russisch und vielleicht werde ich Grossrat. Wie ist das nachprüfbar. Man hat vielleicht ein bisschen ein schlechtes Gefühl, das war eben auch die Problematik, die 2007 zu diesem Systemwandel geführt hat, weil wirklich ernsthaft nachprüfbar wird es nicht sein ohne Eingriff in die Privatsphäre. Daher ist einfach eine einfache Lösung die bessere.

Dann hat irgendjemand noch von Mandatsabgaben gesprochen. Ich meine, vor allem die Parteien, die das sehr pflegen, das ist dann also auch eine geldwerte Leistung und ich hoffe, dass Sie dann auch auf diesen Leistungen Mandatsabgaben kassieren, sonst wäre es nicht ganz logisch. In diesem Sinne bin ich gespannt auf das Ergebnis und das Ratsbüro wird sich sicherlich ernsthaft an die Arbeit machen, wenn Sie ihm diese Arbeit dann auch aufbürden wollen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Das Ratsbüro beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen

### **Ergebnis der Abstimmung**

**25 Ja, 60 Nein, 7 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002661, 24.01.24 11:35:00]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 60 Nein-Stimmen bei 25 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen.

**52. Anzug Olivier Battaglia und Beat von Wartburg betreffend Digitalisierung der  
Bildungsvermittlung auf allen Stufen, Schreiben des RR**

[24.01.24 11:35:15, 21.5580.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer. Er verzichtet. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stillschweigend als erledigt abzuschreiben.

**53. Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend "EU-Filiale" der Universität  
Basel am «Oberrhein», Schreiben des RR**

[24.01.24 11:35:45, 21.5625.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrat Conradin Cramer verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

**54. Ausgabenbewilligung für die Gesamtsanierung der Kunsteisbahn Margarethen,  
Zwischenbericht des RR**

[24.01.24 11:36:09, 19.1663.03]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion sowie den Anzug stehen zu lassen.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion und den Anzug stehen zu lassen.

**55. Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen  
einführen, Stellungnahme des RR**

[24.01.24 11:36:48, 23.5347.02]



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Für den Regierungsrat hätte das Wort Conradin Cramer. Er verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen hat sich Melanie Nussbaumer für die Fraktion der SP.

*Melanie Nussbaumer (SP):* Ich halte dieses Votum im Namen der Motionärin Barbara Heer, die heute leider krank ist. Liebe Grüsse und gute Besserung.

Es freut die SP-Fraktion sehr, dass die Regierung diese Motion umsetzen möchte und alle Parteien laut «Chrüzlistich» die Zweitüberweisung unterstützen. Wir halten trotzdem dieses Votum, weil wir vermuten, dass wir ein etwas anderes Verständnis von Verbundlösungen im Quartier haben, als der Regierungsrat dies in seiner Stellungnahme antönt. Deshalb nutzen wir diese Chance, dies noch zu präzisieren.

Die Forderung der Motion lautet nämlich: Die Unterzeichnenden fordern den Regierungsrat dazu auf, an allen Tagesstrukturen Ferienbetreuung einzuführen. Verbundlösungen im Quartier sollen möglich sein. Zwei Punkte sind uns diesbezüglich wichtig zu präzisieren und zu betonen. Erstens, mit Verbundlösungen meinen wir, dass innerhalb von einem kleinräumigen geografischen Radius schulinterne und schulexterne Tagesstrukturen zusammen eine Verbundlösung eingehen sollen, so dass in diesem kleinräumigen Radius sicher eine Tagesstruktur ein tageweises buchbares Angebot für alle Schüler\*innen zur Verfügung stellt.

Aus unserer Sicht kann dieses Quartiersangebot auch gut von einer externen Tagesstruktur übernommen werden, das müssen nicht immer interne sein. Für manche von diesen mag nämlich die Umstellung sogar einfacher sein, weil viele von ihnen heute schon Tagesferien anbieten und die Mitarbeitenden es gewohnt sind, während den Schulferien zu arbeiten. Bei den schulinternen Tagesstrukturen wird das auf einen Teil der Mitarbeitenden grössere Auswirkungen auf ihren Arbeitsalltag haben, weil viele von ihnen ihr Leben darauf eingerichtet haben, 12 Wochen Ferien zu haben.

Wir appellieren deshalb an die Regierung, die entsprechenden Vertretungen der Mitarbeitenden adäquat einzubeziehen, um sicherzustellen, dass es zu keiner Verschlechterung von Anstellungsbedingungen kommt. Wenn das Ferienangebot an externe Strukturen vergeben wird, braucht es auch unbedingt adäquate Ressourcen seitens des Kantons. Eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden können wir uns beim aktuellen Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung nämlich nicht leisten. Hier ist also wirklich grosse Aufmerksamkeit des Erziehungsdepartements bei der Umsetzung gefordert.

Der zweite Punkt, für uns bedeutet Verbundlösungen im Quartier, dass die sich an Wohnviertelgrenzen orientieren. Was wir mit Quartier meinen, sind die 19 statistischen Wohnviertel des Kantons. Wir haben bewusst nicht die Schulstandorte gewählt, weil eben die Regierung durchaus auch eine gewisse Flexibilität haben soll bei der Umsetzung, so dass zwei nahe beieinanderliegende Schulstandorte zusammenarbeiten können.

Die Kriterien aus Sicht der Motion sind aber ganz wichtig hier nochmals klar zu benennen. Erstens, die Kinder müssen grundsätzlich alleine den Weg zur Tagesstruktur bewältigen können oder wenn die Eltern sie begleiten, sollten sie nur einen kurzen Umweg sein im Vergleich zum sonstigen schulischen Alltag. Die Verbundlösungen müssen so kleinräumig bleiben, dass der Weg auch wirklich für die Kinder zumutbar bleibt. Die Kinder, die die Tagesstruktur besuchen, sollen aus demselben Quartier stammen, um eine gewisse Vertrautheit zu ermöglichen. Aus unserer Sicht sollten deswegen maximal zwei Primarschulstandorte gemeinsam einen Verbund bilden und die Verbundlösungen müssen sich eben an den 19 Wohnviertel des Kantons orientieren.

Wir befürchten, dass die Regierung dies so noch nicht so verstanden hat, denn sie formuliert, Zitat: «dass mehrere Primarschulstandorte gemeinsam eine Ferienbetreuung an Schulen pro Stadtteil anbieten sollen». Wir wissen nicht ganz genau, was mit diesem Wort Stadtteil gemeint ist. Mit dem Begriff werden häufig mehrere Quartiere zusammen gemeint, so zum Beispiel das Gundeli, Bruderholz und Dreispitz. Das wäre aber klar nicht im Sinne der Motion, denn die Motion fordert Verbundlösungen im Quartier, was eine am Alltag der Familien und Kinder orientierte Kleinräumigkeit meint. Wir bitten deshalb die Regierung, diese Präzisierung bei der Umsetzung einzubeziehen. Nochmals, es geht um kleinräumige, an Wohnviertelgrenzen orientierte Verbundlösungen zwischen schulinternen und externen Tagesstrukturen.

Aber grundsätzlich will ich doch vielleicht noch sagen, dass es uns natürlich sehr freut, dass jetzt alle Parteien anerkennen, dass der Bedarf für die Ausweitung der Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen klar gegeben ist. Wie wir bereits bei der Debatte zur Erstüberweisung erläutert haben, ist die Thematik der Ferienbetreuung das Thema, das Eltern im Kanton am meisten beschäftigt neben den Betreuungskosten, die jetzt aber dank der zurückgezogenen Kita-Initiative der SP deutlich gesenkt werden.

Dass die fehlende Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen jetzt angegangen wird, wird positive Effekte auf die Erwerbsbeteiligung von Eltern haben, was mit Blick auf den Fachkräftemangel wichtig ist. Das wissen auch



Arbeitgeber\*innen im Kanton, weswegen selbst sogar der Arbeitgeberverband diese Motion unterstützt. Es ist wirklich eine wichtige gleichstellungspolitische Motion, die jetzt umgesetzt werden soll.

Die Regierung zeigt auch auf, dass von 2022 bis 2023 die durchschnittliche Belegung der Plätze von 57 Kinder pro Tag auf 79 Kinder pro Tag deutlich gestiegen ist, das sind sage und schreibe 38 Prozent mehr. Das zeigt, dass der Bedarf bei den Familien sehr gross ist und sehr wahrscheinlich weiterhin wachsen wird und deshalb ist es umso wichtiger, dass es eine familiengerechte Umsetzung gibt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde wünscht Regierungsrat Conradin Cramer das Wort.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Ich nutze gerne die Steilvorlage dieser Motion, um Ihnen zu danken für den Rückenwind, den Sie der Regierung und dem Erziehungsdepartement geben in einem Anliegen, das mir seit sieben Jahren enorm am Herzen liegt und wo wir auch den Tatbeweis erbracht haben in den letzten sieben Jahren zusammen als Regierungsrat, zusammen mit Ihnen, dass wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirklich hoch hängen in diesem Kanton, weiterhin Pionierkanton sein wollen und die besten Bedingungen für junge Familien bieten wollen in der ganzen Schweiz.

Das ist uns gelungen mit dem massiven Ausbau der Tagesstrukturen, den Sie hier fast einstimmig beschlossen haben und mit den beiden wichtigen Ausbausritten in der vorschulischen Tagesbetreuung. Zuerst das neue Tagesbetreuungsgesetz und jetzt gerade kürzlich das umfangreiche Massnahmenpaket des Regierungsrats und der BKK zum weiteren Ausbau und Verbesserung der Kita-Landschaft in unserem Kanton.

Die Ferienbetreuung ist auch ein wesentliches Element, nicht das grösste, aber auch ein wesentliches und es ist wichtig, dass neben den Kitas, die auch Ferienbetreuung traditionell anbieten, mit dem neuen Tagesbetreuungsgesetz auch während mindestens 50 Wochen im Jahr, dass daneben auch die Schulen Ferienangebote haben, dass die Schulen nicht einfach am Bündelitag oder sonst vor den Ferien zu machen, wie das früher der Fall war. Hier sind wir gefragt, attraktive Angebote zu bieten.

Wir haben gesehen, dass die Idee, die ja auch ursprünglich von Ihrer Fraktion sehr stark propagiert wurde, dass man einfach während den Ferien die Tagesstrukturen aufmacht, dass das nicht so verängt bei den Familien und bei den Kindern, wie man sich das vielleicht gedacht hat in gewissen Kreisen, sondern wir müssen während den Schulferien nicht einfach mehr derselben anbieten, die Kinder wollen da nicht zwingend einfach in die schulische Tagesstruktur, die sie ja sonst kennen aus den 40 Wochen Schule, sondern sie wollen attraktive Tagesferienangebote haben.

Das sind oft Angebote, die eine Woche oder mehrere Wochen dauern. Hier haben wir ja das Angebot auch massiv ausweiten können in den letzten Jahren. Es muss aber auch ein Angebot sein, das den Eltern die Flexibilität gibt, modulweise einzelne Tage buchen zu können. Das kann dann an den Schulen stattfinden, aber auch dort mit attraktiven Ausflügen. Die Kinder haben den ganzen Tag Zeit, es ist etwas anderes als die Tagesstruktur während der Unterrichtswochen.

Und deshalb ist es auch wichtig und deshalb danke ich auch, dass der Motionstext explizit dem Regierungsrat Flexibilität einräumt, um auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen, eben nicht am Schreibtisch einfach etwas zu gestalten entlang von Quartiergrenzen oder Schulhauszuteilungsgrenzen, sondern wir müssen dort Angebote schaffen, wo die Nachfrage da ist, und es müssen in der ganzen Stadt attraktive Angebote da sein.

Insofern nehme ich diese, Sie nennen es Präzisierung, es sind Interpretationen des Motionstextes, die Sie uns jetzt geliefert haben, sehr gerne entgegen, möchte Sie aber auch nicht das bindend verstanden wissen, denn es kann nicht sein, dass wir am Schreibtisch etwas skizzieren, das dann nicht gut angenommen wird von den Menschen in diesem Kanton. Wir müssen zusammen mit den Standorten, zusammen mit den Elternvertretungen, zusammen mit den Schulen, mit den Tagesstrukturleitungen, mit den schulexternen Anbietern etwas Tolles kreieren, damit die Ferienbetreuung in unserem Kanton noch besser wird.

Danke für den Rückenwind und uns allen weiterhin einen guten Wahlkampf.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Motion zu überweisen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.



## 56. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Dreifachturnhalle und zusätzlicher Schulraum Campus Bäumlihof, Drei Linden und Hirzbrunnen, Stellungnahme des RR

[24.01.24 11:47:31, 23.5332.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Diese Motion ehrlicherweise macht mir mittlerweile wirklich etwas Sorgen, vor allem nachdem ich den «Chrüzlistich» gesehen habe und gesehen habe, dass zwei grosse Fraktionen, die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei und des Grün-Alternativen Bündnis, für Überweisung als Motion eintreten. Ich hoffe, das während der Debatte noch besser verstehen zu können, was die Gründe sind, aber ich möchte schon jetzt die wichtigsten Argumente des Regierungsrats Ihnen bieten.

Einerseits, das ist meine Pflicht, Sie auf die rechtlichen Gegebenheiten hinzuweisen. Die Motion ist in weiten Teilen unzulässig, da sie in die Verwaltungstätigkeit und Zuständigkeit des Regierungsrats eingreift. Wir haben das erläutert beziehungsweise nicht wir, diese rechtliche Zulässigkeitsprüfung, die ist ja nicht politisch motiviert, das macht nicht das Erziehungsdepartement, sondern das macht der unabhängige Rechtsdienst, und die Schlussfolgerungen dort sind eindeutig. Wir werden uns seitens Regierungsrat daran halten, also auch wenn die Motion überwiesen wird, können wir sie in weiten Teilen nicht weiterbehandeln, weil es rechtlich so nicht geht.

Jetzt ist es aber nicht so, dass sich der Regierungsrat hinter rechtlichen Argumenten verstecken will, sondern wir haben selbstverständlich diese Motion zum Anlass genommen, nochmal wirklich inhaltlich über die Bücher zu gehen und zu prüfen, ob die Planung so schlecht ist, wie der Motionär sie darstellt oder vielleicht eben doch angemessen. Und hierzu ist zu sagen, dass die Schulraumplanung selbstverständlich Schul- und Sportraumengpässe berücksichtigt, diese bekämpfen will und den Bedarf an Schulraum und Sporthallen ermittelt. Basierend dann auf diesem Bedarf werden dann die Projektierungen und deren Finanzierung ausgelöst.

Wir haben eine Vielzahl von Daten und diese Daten finden Sie ja auch in der Motionsbeantwortung. Daraus wird klar, dass die Belegungszahlen der Sporthallen an den Standorten Bäumlihof und Hirzbrunnen aktuell und auch in Zukunft gesichert sind. Es hat dort genügend Sportraum für den Schulsport und die Aussage, dass viel zu wenig Sporthallen für den obligatorischen Schulsportunterricht vorhanden seien, das steht so in der Motion, das ist nicht haltbar. Das bestätigen die Zahlen nicht, namentlich eben auch nicht auf dem Campus Bäumlihof.

Den Mangel, den es gibt an Schulraum und Raum für die Tagesstrukturen, den bekämpfen wir unter anderem auch mit temporären Schulbauten. Unsere demografischen Daten zeigen, dass langfristig gerade im Quartier Hirzbrunnen die Anzahl der Schülerinnen und Schüler wieder sinken wird und wir können heute nicht eine langfristige Investition wie den Neubau einer Dreifachturnhalle verantworten unter dem Titel Schulsport, wenn wir wissen, dass wir jetzt ausreichend Kapazitäten haben und wenn wir wissen, dass in Zukunft der Bedarf seitens Schulen eher wieder sinken wird.

Während der Sanierung jetzt sind auch die notwendigen sicherheitsrelevanten baulichen Massnahmen zu treffen. Würde die Sanierung jetzt gestoppt, dann wäre der Weiterbetrieb der bestehenden Hallen gefährdet. Das hätte zur Folge, dass die Schülerinnen und Schülern dann eben keine nutzungsfähigen Sporthallen mehr zur Verfügung haben, auch das ein Sachzwang, der zeigt, dass jetzt so ein Sanierungsstopp kontraproduktiv wäre. Er würde den Sporthallenkapazitäten sofort vernichten, solche, die dann auch nicht schnell wieder geschaffen werden könnten.

Die Hauptforderung der Motion ist ja Abbruch der bestehenden Zweifachturnhalle, Neubau einer Dreifachturnhalle. Das Anliegen wurde geprüft bereits 2014, es wurde gründlich analysiert und es wurde dann eben nicht umgesetzt. Die Argumente damals, die sind von 2014, ich bringe Ihnen jetzt die aktuellen Argumente aus dem Jahr 2024, die aus Sicht des Regierungsrats klar gegen einen Neubau sprechen.

Der Neubau, den könnte man nicht einfach erstellen. Wir müssten eine Zonenänderung haben, für den Bau müsste eine Grünzone umgezont werden. Erst nach Abschluss dieser Umzonung könnte man mit dem Neubauprozess, mit der Ausschreibung eines Wettbewerbs beginnen. Wenn man optimale Bedingungen hat, die Baudirektorin sitzt neben mir, bei optimalen Bedingungen, das heisst, ohne allfällige Einsprachen, ohne anderweitige Verzögerung, könnte so ein Neubau dann 2034, also in zehn Jahren eröffnet werden. Das sind die klaren Angaben seitens des bauverantwortlichen Departements. Ein Betrieb der jetzigen Turnhalle bis 2034 ist aber nicht möglich ohne Sanierung, weil da die behördlichen



Vorgaben, die Bundesvorgaben nicht mehr eingehalten werden könnten. Entsprechend müssten wir dann temporär irgendeine Lösung finden.

Das Hauptargument ist wahrscheinlich das ökologische. Es kann nicht angehen, dass in Basel-Stadt funktionierende Bausubstanz abgerissen wird, nur um einen Neubau zu errichten, für den es keinen zwingenden Bedarf gibt. Das widerspricht den Vorgaben der Klimastrategie, es widerspricht den Grundsätzen auch, die Sie bestätigt haben in der Debatte vor einer Woche, als es um die Klimawirkungsabschätzung ging. Es kann nicht sein, dass wir jetzt beim ersten konkreten Beispiel das Gegenteil machen. Ein Neubau einer Dreifachturnhalle verbraucht viel mehr graue Energie als die geplante Sanierung. Sie würde zu Lasten von Grünflächen gehen und sie würde Werte vernichten, ökologische Werte vernichten, nämlich den bestehenden Bau.

Und neben der Ökologie kommt die Ökonomie. Die Kosten für das Sanierungsprojekt sind insgesamt 9,2 Millionen. Der Neubau einer Dreifachturnhalle würde rund 25 Millionen, das ist plus/minus 25 Prozent, da ist noch nichts natürlich projektiert, würde also deutlich mehr als das Doppelte mehr kosten als diese Sanierung. Auch das ist ohne den entsprechenden Bedarf einfach nicht zu verantworten.

Jetzt ist es ja auch nicht so, dass wir keine anderen Turnhallen bauen in diesem Kanton. Bei den Standorten Dreispitz und Iselin, das sind bestehende Standorte, dort werden neue Dreifachturnhallen geplant und auch bei den neu zu planenden Standorten für die zwei zusätzlichen Sek-Standorte in Basel rechnen wir ganz klar mit Dreifachturnhallen im Wissen darum, dass es eben nicht nur für den obligatorischen Schulsport gebaut wird, sondern auch natürlich für den Vereinssport. Diese Vorhaben sind in der Schulraumplanung vorgesehen. Eine zusätzliche Dreifachturnhalle würde die benötigten Kapazitäten sogar überschreiten, sie wären nicht nötig.

Wir haben die Fallstricke gehört, ich möchte es einfach nochmal zusammenfassen. Am bestehenden Standort aus Sicht Schule klar kein Bedarf. Ein Umbau wäre ökonomisch nicht zielführend und ökologisch, ich sage es bewusst pointiert, wenn man sieht, wie die Bevölkerung abgestimmt hat bei der Netto-Null-Strategie, was wir für eine ambitionierte Klimaschutzstrategie haben, wie Sie debattiert haben bei der Klimawirkungsabschätzung, es wäre komplett widersprüchlich, hier ein funktionierendes Bauwerk abzureissen uns zu ersetzen durch einen Neubau.

Aus diesen Gründen, und Sie sehen, die rechtlichen Gründe, die sind nur Präliminarien, es geht hier wirklich auch um inhaltliche Argumente, aus all diesen Gründen bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Für die Fraktion SP hat das Wort Thomas Gander.

*Thomas Gander (SP):* Es ist schon so, man muss am Anfang, glaube ich, schon nochmals auf diese rechtliche oder teilweise rechtliche Unzulässigkeit eingehen. Es fällt uns einfach auf, und ich möchte hier explizit sagen, ich unterstelle dem Regierungsrat nicht eine politische Motivation, aber es fällt uns auf, dass immer mehr Motionen teilweise als rechtlich unzulässig hier in das Parlament geschickt werden. Ich bin nicht Jurist, ich kann das nicht abschliessend beurteilen, aber ich kann sagen, dass wir uns die Frage stellen explizit auf diese Motion, ob hier nicht durchaus auch eine Motivation vorhanden ist, diese Motion als unattraktiv oder, ich sage jetzt einmal, politisch nicht opportun hier in das Parlament zu bringen.

Was wird dort gesagt, es wird gesagt, wir greifen in den Planungs- und Handlungsspielraum des Regierungsrates ein und wir greifen in die wirksame Verwaltungstätigkeiten ein. Letztes Mal habe ich Ihnen erklärt, wo wir anstehen, wenn wir aktuelle Bauprojekte ständig mit neuen Mitteln aufrüsten müssen oder Kollektivmittel eingeben müssen in der Finanzkommission, die dann als gebunden erklärt werden müssen. Wann haben wir dann noch die Möglichkeit, als Parlament in aktuelle Bautätigkeiten einzugreifen, wenn wir merken, es geht in eine falsche Richtung? Und hier sagt nicht der Jurist, sondern der Politiker, dann müssen wir die Möglichkeit haben, mit einer Motion, wie sie schon jetzt ausgestaltet ist, auch auf Bautätigkeiten oder auf Planungsprozesse Einfluss nehmen zu können und wenn nötig, auch einen Sanierungsstopp zu erwirken, wenn wir politisch, und jetzt komme ich zur politischen Wertung dieser Motion, der Meinung sind, es geht in die falsche Richtung.

Inhaltlich. Wir haben vor ein paar Monaten das Sportanlagenkonzept erhalten, dass der Regierungsrat mit aufwendiger Arbeit sehr seriös gemacht hat, eine Bedarfsanalyse gemacht hat, eine Bedürfnisanalyse und der Fokus, dort drin steht eindeutig, wir brauchen mehr Doppel- und Dreifachturnhallen in unserem Kanton. Jetzt wissen wir, unser Kanton ist nicht unbegrenzt, die Fläche ist nicht unbegrenzt, es gibt einzelne Projekte in petto, aber wieso hat man dort nicht, als der Planungsprozess begann, und wir vermuten, der begann eben bevor dieses Sportanlagenkonzept vorlag, wieso hat man nicht korrektiv eingegriffen und gesagt, wenn wir schon jetzt an einem Ort sind, wo es potenziell möglich ist, eine solche Dreifachturnhalle zu errichten, wieso ändern wir die Planung nicht und setzen dort die eigenen Ergebnisse, die der Regierungsrat in Auftrag gegeben hat, um.



Das ist eine Grundsatzfrage, wo wir denken, hier müssen wir vielleicht etwas nachhelfen und sagen, hey, hier gibt es ein Sportanlagenkonzept, es gibt einen Mangel an Turnhallenflächen für den Schulsport und für den Vereinssport und wir möchten, dass dieser Planungsprozess in dem Sinn nochmals überprüft wird, ob dort an diesem Standort nicht so eine Dreifachturnhalle stattfinden kann. Es gab ja auch schon Diskussionen darüber, es gab auch schon seitens des Sportamts, das ist doch jetzt auch Jahre her, auch das Bedürfnis, explizit dort eine Dreifachturnhalle zu bauen. Und wenn doch dann die Möglichkeit da ist, dann muss man doch diese Möglichkeit packen und solche Fläche bauen. Wir sind sonst wieder ein paar Jahre zu spät, wir werden in ein paar Jahren wieder hier stehen und uns dann fragen, wieso haben wir das nicht gemacht. Wir orakeln alle ein Stück weit in die Schulplanung hinein, in die Schülerinnen- und Schülerzahlen, aber eines, was wir wissen, ist, dass der Bedarf sicher nicht abnehmen wird.

Insofern möchten wir mit dieser Überweisung der Motion wirklich hier mal unsere politische Verantwortung wahrnehmen und sagen, dieser Planungsprozess geht in die falsche Richtung und unsere sportpolitische Haltung ist, dieser Prozess muss in eine andere Richtung geleitet werden. Deshalb ist die SP-Fraktion für die Überweisung dieser Motion.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Bruno Lötscher. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Thomas Gander, ich muss natürlich schnell als Jurist fragen, in welchen Bereichen sind Sie denn der Meinung, wo wir Politiker als Politiker nicht an unsere Gesetze, die wir selber geschrieben, selber gemacht haben, gebunden sind, nur weil wir jetzt politisch anders denken und in welchen Bereichen fühlen wir uns gebunden? Also wo dürfen wir selber willkürlich handeln und wo sollen wir sämtliche, eben unsere Gesetze auch für uns gültig lassen?

*Thomas Gander (SP):* Ich glaube nicht, dass wir jetzt hier willkürlich handeln, sondern dass es hier explizit eine Handlungsoption ist von einem Parlament, in einen Planungsprozess einzugreifen und notfalls muss das mal von einem Gericht geklärt werden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir fahren am Nachmittag mit der Behandlung der Traktanden fort. Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause.

#### **Schluss der 49. Sitzung**

12:01 Uhr